

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Regina Konle-Seidl, Hans Ullmann, Ulrich Walwei, Heinz Werner

Die Entwicklung der Arbeitsmärkte im Europäischen
Binnenmarkt bis zum Jahr 2000

23. Jg./1990

2

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de: (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de: (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de: Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Die Entwicklung der Arbeitsmärkte im Europäischen Binnenmarkt bis zum Jahr 2000

Regina Konle-Seidl, Hans Ullmann, Ulrich Walwei, Heinz Werner*)

Ziel der Untersuchung ist es, die Entwicklung der EG-Arbeitsmärkte bis zum Jahr 2000 nach Ländern und Sektoren unter expliziter Berücksichtigung der Binnenmarkteffekte zu quantifizieren. Die Studie konnte die Ereignisse in Osteuropa noch nicht berücksichtigen, behält aber trotzdem ihren Wert, da sie Standortfaktoren ermittelt und einen „Binnenmarkteffekt“ errechnet, der auf die prognostizierte (hypothetische) Entwicklung ohne EG-Binnenmarkt aufgesetzt wird. Grundidee ist eine Abfolge von Gewichtungszprozeduren aus Standortbedingungen für bestimmte Branchen und deren Bedeutung in den einzelnen Ländern.

Die Studie kommt zu folgenden Ergebnissen:

- Bei Verwirklichung des Binnenmarktprogramms wird zwischen 1988 und 2000 mit einer Erhöhung der Bruttowertschöpfung von 4,2% gerechnet, was eine Erhöhung von 0,3-0,4% pro Jahr bedeutet. Davon profitieren überproportional die BR Deutschland, Belgien, Luxemburg, Irland und Großbritannien. Der Binnenmarkteffekt allein wird also nicht zu einer Verringerung des Wirtschaftsgefälles zwischen den mehr und den weniger industrialisierten EG-Ländern führen.
- Der aus dem zusätzlichen Wachstum abgeleitete positive Beschäftigungseffekt beläuft sich zwischen 1988 und 2000 auf 2,2 Mio. Erwerbstätige; dies entspricht einem Anstieg von 1,6%. Davon entfallen fast 500000 zusätzliche Arbeitsplätze auf die BR Deutschland. In den meisten EG-Ländern steigt bis 2000 die Nachfrage nach Arbeitskräften schneller als das Angebot an Arbeitskräften. Dies ist dadurch bedingt, daß die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bzw. die Zahl der Erwerbspersonen nur noch gering ansteigt und außerdem die Beschäftigung in der EG deutlich zunimmt: Während die Zahl der Erwerbspersonen nur um 7 Mio. ansteigt, erhöht sich die Zahl der Beschäftigten aufgrund des Wirtschaftswachstums um 10 Mio.
- Die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation schlägt sich auch in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit nieder: Die Zahl der Arbeitslosen in der EG sinkt bis 2000 um 4,8 Mio. Personen, von 16,3 Mio. (1987) auf 11,5 Mio. Die EG-Arbeitslosenquote verringert sich im Vergleich zum gegenwärtigen Stand von 9% um rund 3%-Punkte. Arbeitslosigkeit wird in der EG also auch in den neunziger Jahren ein nicht zu vernachlässigendes Phänomen bleiben.

Gliederung

1. Zielsetzung und Ablauf der Untersuchung
2. Entwicklung von Bevölkerung und Erwerbspersonen
 - 2.1 Natürliche Entwicklung der Bevölkerung und der Erwerbspersonen (ohne Wanderungen)
 - 2.2 Bevölkerungs- und Erwerbspersonenentwicklung mit Wanderungen
3. Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsplätzen in der EG
 - 3.1 Ohne Verwirklichung des Binnenmarktes
 - 3.2 Auswirkungen der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes
 - 3.2.1 Analyse der Binnenmarktvollendung für ausgewählte Wirtschaftszweige – Fallstudien
 - 3.2.2 Quantifizierung der Effekte der Verwirklichung des Binnenmarktes
4. Methodische Anmerkungen
5. Hauptergebnisse und Folgerungen

Methodischer Anhang

*) Regina Konle-Seidl, Hans Ullmann, Dr. Ulrich Walwei und Dr. Heinz Werner sind Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren. Es handelt sich um eine kommentierte Kurzfassung einer Untersuchung, die das IAB in Absprache und mit finanzieller Beteiligung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung an die Prognos AG/Basel vergeben hat. Die vollständige Studie ist veröffentlicht in den Beiträgen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 138, Nürnberg 1990.

1. Zielsetzung und Ablauf der Untersuchung

Ziel der diesem Beitrag zugrunde liegenden Untersuchung der Prognos AG ist es, die Entwicklung der EG-Arbeitsmärkte bis zum Jahr 2000 zu quantifizieren. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die länderspezifischen Auswirkungen der Binnenmarktvollendung, die auch für die Aufgaben der Arbeitsverwaltungen der Mitgliedstaaten wichtig sind. Die Analyse der Arbeitsmarktsituation – EG-weit wie länderspezifisch – trennt zwischen der Angebotsseite (Bevölkerung, Erwerbspersonen, Wanderungen) und der Nachfrageseite (gesamtwirtschaftliches Wachstum und die daraus abgeleitete Beschäftigungsentwicklung) des Arbeitsmarktes. Aus der Zusammenführung dieser Teilbereiche resultiert die Arbeitsmarktbilanz und, läßt man die Stille Reserve beiseite, die Arbeitslosenzahl. Die Projektionen gehen vom Stand Mitte 1989 aus, berücksichtigen also die Veränderungen in Osteuropa seit dem Herbst 1989 nicht. Die Untersuchung behält aber trotzdem ihren Wert, da sie von längerfristig geltenden Standortfaktoren ausgeht, und europäische Entwicklungstrends und Rangordnungen sich nicht so schnell verändern.

Hinsichtlich der Nachfrageseite wird zunächst ein Szenario der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung entworfen, das bewußt von der Binnenmarkt-Realisierung abstrahiert. Nach Darstellung der Binnenmarkt-Ziele und der davon zu erwartenden Wirkungsmechanismen werden die Wirkungen der Binnenmarkt-Vollendung auf die Mitgliedstaaten abgeschätzt. Hierbei wird vor allem auf die Bewertung standortdifferenzierender Ländermerkmale abgestellt. Diese Merkmale werden anschließend danach bewertet, welche Standortanforderungen die verschiede-

nen Wirtschaftszweige haben. Davon ausgehend und mit dem globalen Binnenmarkteffekt als Vorgabe – wie aus der Untersuchung der EG-Kommission zu den „Cost of Non-Europe“ berechnet – wird die Verteilung dieses Effekts auf Länder und Branchen ermittelt. Aus den länderspezifischen Binnenmarkteffekten (Steigerung des Sozialprodukts) werden die Beschäftigungseffekte und ihre Länderverteilung abgeleitet. Diese Ergebnisse werden mit dem Szenario ohne Binnenmarkt-Verwirklichung verknüpft und zum Szenario mit Binnenmarkt-Verwirklichung zusammengefaßt. Nach Zusammenführung von Angebots- und Nachfrageseite des Arbeitsmarkts und Saldierung in Arbeitsmarktbalancen schließt sich eine kurze Analyse der Wirkungen im Hinblick auf die Qualifikationsstruktur der benötigten Arbeitnehmer an. Dabei werden die Probleme einzelner Arbeitnehmergruppen (Frauen, Jugendliche, Ältere) diskutiert. Die Untersuchung umfaßt einen Textband sowie einen separaten Zahlen-Anhangband.

2. Entwicklung von Bevölkerung und Erwerbspersonen

2.1 Natürliche Entwicklung der Bevölkerung und der Erwerbspersonen (ohne Wanderungen)

Die Erwerbspersonenentwicklung wird von zwei Parametern bestimmt, der demographischen Entwicklung (natürliche Faktoren sowie grenzüberschreitende Wanderungen) und der Verhaltenskomponente (Veränderung der Erwerbsbereitschaft einzelner Bevölkerungsgruppen). Hierbei gab es erhebliche Datenprobleme, da die jeweiligen nationalen Datenpakete aus vielerlei Quellen zusammengestellt werden mußten, deren Kompatibilität nicht immer gewährleistet schien. Außerdem erscheint seit Ende 1989 die Wanderungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr prognostizierbar – die langfristigen Folgen des politischen Umbruchs, wie er sich seit Ende 1989 in Osteuropa vollzieht, sind unabsehbar.

In der Gesamt-EG (EG-12) wird die *Wohnbevölkerung* ohne Berücksichtigung von Wanderungen bis zum Jahr 2000 auf gut 325 Mio. Menschen anwachsen, fast 1,6 Mio. Menschen mehr als 1987, allerdings wird die Entwicklung bestimmter Bevölkerungsgruppen in den einzelnen Ländern sehr verschieden sein. In der Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Luxemburg, Belgien und Italien wird sich aus der natürlichen Entwicklung ein Bevölkerungsrückgang ergeben, der insgesamt fast 2,5 Mio. Menschen ausmachen wird, davon allein 1,7 Mio. Deutsche. Spitzenreiter bei den Ländern mit Bevölkerungszuwachs wird Irland mit 10% sein, gefolgt von den Niederlanden, Frankreich, Portugal und Spanien mit Zuwächsen zwischen 4 und gut 2%. Kaum noch wachsen werden die Einwohnerzahlen von Großbritannien und Griechenland. In allen Ländern wird sich der männliche Anteil an der Wohnbevölkerung leicht erhöhen. Eine Fortschreibung des Prognosemodells bis zum Jahr 2015, wobei die Annahmen für das Jahr 2000 konstant gehalten wurden, ergab nur geringe Abweichungen der relativen Positionen bei den einzelnen Ländern und Geschlechtern: Aufgrund natürlicher Entwicklungen werden zwischen 2000 und 2015 alle Länder deutliche Rückgänge der Bevölkerungen erfahren; einzige Ausnahme ist Irland.

Ohne Berücksichtigung von Wanderungen wird die Zahl der *Erwerbspersonen* bis 2000 um mehr als 5,5 Mio. auf 150,75 Mio. Menschen steigen, mit fast gleichem absoluten Zuwachs bei Männern und Frauen. Das Wachstum zwischen 1995 und 2000 ist fast ausschließlich auf Frauen zurückzuführen, deren Anteil an der EG-Erwerbsperso-

nengesamtzahl um 0,7% auf 39,7% im Jahr 2000 steigen wird. Herausragend ist der Anteilzuwachs in der Bundesrepublik Deutschland und Italien. Ein geringer Zuwachs ergibt sich in Belgien, Dänemark, Frankreich, den Niederlanden, Portugal und Großbritannien. Schon bis 1995 wird in der Bundesrepublik Deutschland und Luxemburg die Erwerbspersonenzahl leicht sinken, nach 1995 auch in Dänemark, während in den übrigen EG-Ländern bis 2000 die Erwerbspersonenzahl ansteigen wird. Spitzenreiter des Zuwachses wird Irland mit 24,5% sein, gefolgt von Spanien (11,9%), Portugal (7,6%) und Frankreich (7,3%).

2.2 Bevölkerungs- und Erwerbspersonenentwicklung mit Wanderungen

Wanderungen sind definiert als die Fort- und Zuzüge über die Grenzen der jeweiligen EG-Länder, also um diejenigen innerhalb der EG wie auch von und nach Nicht-EG-Ländern (Wanderungen innerhalb eines Landes sind also nicht enthalten). Bei den Wanderungstypen wird differenziert zwischen autonomen und arbeitsmarktinduzierten Wanderungen. „Autonom“ sind Wanderungen, die nicht wegen der Erlangung, Erhaltung oder Wiedererlangung eines Arbeitsplatzes oder eines angestrebten Wohlstandszieles erfolgen (also Alten- und Bildungswanderungen, Familienzusammenführungen, politisch motivierte oder umweltbedingte bzw. historische Wanderungen). Die arbeitsmarktinduzierten Wanderungen erfassen die Fort- und Zuzüge aus wirtschaftlichen Gründen wie etwa der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen oder den Unterschieden von Einkommen und Arbeitsbedingungen.

Aufgrund unzureichender Datenlage beschränkt sich die Analyse und Prognose der Wanderungen innerhalb der EG und über deren Grenzen im wesentlichen auf eine qualitative Darlegung der Motive und der Ausmaße der Wanderungen, wobei, je nach Datenumfang, diese zur Abstützung folgender Annahmen bzw. Thesen herangezogen werden: Für Belgien, Frankreich und Großbritannien deutet die bisherige Entwicklung der achtziger Jahre darauf hin, daß der Wanderungssaldo dieser Länder künftig bei Null liegen wird; die anderen EG-Länder werden auch in Zukunft mehr Zu- als Fortzüge verbuchen. Allein Irland wird bis 2000 mehr Fort- als Zuzüge zählen.

Nach Darstellung der Wanderungs-Entwicklungen werden schließlich folgende Ergebnisse präsentiert (vgl. Tab. 1 und 2): Unter Berücksichtigung von grenzüberschreitenden Wanderungen (einschließlich Wanderungen aus Drittländern) ergibt sich für das Jahr 2000 eine EG-Einwohnerzahl von 327,6 Mio. Menschen, was gegenüber 1987 einem Zuwachs von 1,2% insgesamt oder knapp 4 Mio. Personen entspricht. Zu diesem geringen Zuwachs trägt vor allem der Rückgang der Geburtenüberschüsse bei, wobei die EG-Werte allerdings überproportional durch die deutschen Werte geprägt werden. Die höchsten Bevölkerungszuwachsraten wird es in den Niederlanden geben, gefolgt von Portugal, Frankreich, Spanien und Großbritannien. Luxemburg, Großbritannien, Irland und die Bundesrepublik Deutschland werden nur marginale Zuwächse verzeichnen, und in Belgien, Dänemark und Italien werden bis 2000 sogar weniger Menschen leben als heute. Hier wird es keinen Ausgleich durch Zuwanderungsüberschüsse geben wie in Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland. Eher gleichgewichtig tragen natürliche Entwicklung und Wanderungen nur in Großbritannien bei. In Portugal, den Niederlanden und Spanien übertrifft der Geburtenüberschuß den der Wanderungen um ein Mehrfaches; in

Tabelle 1: Wohnbevölkerung insgesamt 1987, 1995, 2000 (in 1000)

Land	1987			1995			2000		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Belgien	4 819	5 051	9 870	4 819	5 015	9 834	4 797	4 974	9 771
Dänemark	2 527	2 600	5 127	2 536	2 578	5 113	2 538	2 561	5 100
Frankreich	27 108	28 523	55 630	27 747	29 027	56 775	27 999	29 223	57 222
BR Deutschland	29 323	31 754	61 077	29 974	31 689	61 663	29 925	31 199	61 125
Griechenland	4 915	5 075	9 990	4 992	5 158	10 150	5 026	5 195	10 221
Irland	1 771	1 772	3 543	1 786	1 800	3 586	1 788	1 809	3 597
Italien	27 862	29 483	57 345	27 851	29 378	57 229	27 830	29 271	57 100
Luxemburg	181	192	373	183	194	378	185	195	380
Niederlande	7 250	7 416	14 666	7 519	7 662	15 181	7 641	7 759	15 400
Portugal	4 950	5 300	10 250	5 105	5 410	10 515	5 195	5 467	10 662
Spanien	19 081	19 752	38 832	19 451	20 037	39 488	19 666	20 184	39 850
Großbritannien	27 737	29 193	56 930	28 036	29 212	57 248	28 100	29 094	57 194
EG	157 521	166 112	323 634	159 998	167 160	327 158	160 689	166 932	327 621

Quelle: Prognos

Irland wird er durch die hohe Abwanderung fast kompensiert.

EG-weit wird die Erwerbspersonenzahl mit Berücksichtigung der Arbeitskräfte Wanderungen bis 2000 um 7 Mio. Menschen steigen (Zuwachs gegenüber 1987: 4,8%). Die größte Gruppe der dann 152 Mio. EG-Erwerbspersonen werden wiederum die Deutschen sein, deren Abstand zu Großbritannien und Frankreich verringert sich aber deutlich. Den höchsten (absolut und relativ) Anstieg wird Spanien verzeichnen, wo im Jahr 2000 trotz niedriger Frauenerwerbsquote fast 2 Mio. Menschen mehr um eine Beschäftigung nachfragen werden. Weit überdurchschnittliche Zuwächse bei erwerbswilligen Frauen und Männern wird es in Irland geben, wogegen das Erwerbspersonenangebot in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Dänemark deutlich unterdurchschnittlich wachsen wird. Bei den deutschen Männern ist sogar mit einem absoluten Rückgang zu rechnen, der aber durch den Anstieg bei den Frauen überkompensiert wird. Als einziges EG-Land wird Dänemark keinen signifikanten Anstieg der weiblichen Erwerbspersonenzahl verzeichnen.

Beim Vergleich der Zuwachsraten von Bevölkerung und Erwerbspersonen zeigen sich die Einflüsse der altersstrukturellen Unterschiede: Auch Länder, die nur geringe Änderungen der altersspezifischen Erwerbsbeteiligung aufweisen (Frankreich, Griechenland, Großbritannien), wei-

sen Wachstumsraten bei den Erwerbspersonen auf, die die der Wohnbevölkerung um ein Mehrfaches übertreffen.

Die Situation in den EG-Einzelländern und in der Gesamt-EG kann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

Belgien: Unterdurchschnittlicher Erwerbspersonenzuwachs. Bei leicht schrumpfender Bevölkerung und, wie prognostiziert, ohne Wanderungseinflüsse ergeben sich positive Wirkungen fast ausschließlich aus den Änderungen des Erwerbsverhaltens beider Geschlechter.

Dänemark: EG-weit drittgeringste Zuwachsrate der Erwerbspersonenzahl. Aus Wanderungsüberschüssen und Altersstrukturverschiebungen resultiert nur geringer Zuwachs. Die Zahl der Däninnen wie auch deren heute hohe Erwerbsbeteiligung wird (leicht) sinken.

Frankreich: Auch ohne Wanderungen starker Anstieg der Erwerbspersonenzahl bei einem angenommenen Wanderungssaldo von Null; 75% dieses Anstiegs von 1,8 Mio. Erwerbspersonen basiert auf Altersstrukturverschiebungen; der Anstieg der altersspezifischen Erwerbsbeteiligung betrifft vor allem Frauen.

Bundesrepublik Deutschland: Rückgang bei den männlichen Erwerbspersonen, verursacht vor allem durch Altersstrukturverschiebungen. Die Altersjahre der 15- bis 30jährigen werden bis 2000 stark abnehmen, ein Effekt, der

Tabelle 2: Erwerbspersonen insgesamt 1987, 1995, 2000 (in 1000)

Land	1987			1995			2000		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Belgien	2 438	1 530	3 968	2 516	1 580	4 096	2 534	1 581	4 115
Dänemark	1 536	1 308	2 844	1 580	1 327	2 907	1 580	1 312	2 892
Frankreich	14 319	10 687	25 006	15 026	11 238	26 264	15 334	11 488	26 822
BR Deutschland	17 974	11 600	29 574	18 021	12 156	30 177	17 490	12 238	29 728
Griechenland	2 636	1 424	4 060	2 732	1 518	4 249	2 759	1 559	4 319
Irland	903	442	1 345	962	487	1 449	991	510	1 501
Italien	15 329	8 372	23 701	15 882	8 982	24 864	15 896	9 095	24 992
Luxemburg	105	58	163	107	61	168	107	63	170
Niederlande	4 140	2 473	6 614	4 361	2 599	6 960	4 399	2 623	7 021
Portugal	2 774	1 988	4 762	2 972	2 108	5 080	3 048	2 142	5 190
Spanien	9 994	4 878	14 872	10 810	5 360	16 169	11 190	5 520	16 709
Großbritannien	16 351	11 870	28 221	16 523	12 007	28 530	16 565	12 103	28 668
EG	88 498	56 629	145 127	91 490	59 422	150 912	91 892	60 233	152 125

Quelle: Prognos

beide Geschlechter gleich stark betrifft. Durch steigende Frauenerwerbsbeteiligung wird dies aber überkompensiert. Dieser Anstieg und die Wanderungsüberschüsse bewirken, daß die Erwerbspersonenzahl bis 2000 noch leicht ansteigt, sogar etwas stärker als die Bevölkerung.

Griechenland: Überdurchschnittliches Wachstum von Bevölkerung und Erwerbspersonen, vor allem verursacht durch Altersstruktureffekte, aber auch durch Änderungen des weiblichen Erwerbsverhaltens und durch Zuwanderungsgewinne.

Irland: Einziges EG-Land mit noch „klassischer“ Bevölkerungspyramide. Da auch noch leichte Anstiege bei der weiblichen Erwerbsbeteiligung zu erwarten sind, wird die Erwerbspersonenzahl trotz Abwanderungen sehr stark (um 11%) zunehmen.

Italien: Die Hauptursache des künftigen Erwerbspersonenzuwachses liegt in der Zunahme der altersspezifischen Frauenerwerbsbeteiligung. Leicht überdurchschnittlicher Erwerbspersonenzuwachs durch Altersstrukturverschiebungen und Zuwanderung.

Luxemburg: Anstieg der Erwerbspersonen vor allem durch Frauen, aber auch bei einigen Altersgruppen der Männer. Altersstrukturelle Effekte und Wanderungen werden sich in etwa kompensieren.

Niederlande: Weit überdurchschnittliche Zuwächse von Bevölkerung und Erwerbspersonen. Starke Altersstrukturverschiebungen und Zuwanderungseffekte wie auch Anstieg der Frauenerwerbsquote.

Portugal: Bezüglich Bevölkerung und Erwerbspersonen (auch geschlechtsspezifisch) liegt das Land in der Wachstums-Spitzengruppe. Der Erwerbspersonenanstieg basiert allein auf altersstrukturellen Verschiebungen. Die sinkende Erwerbsbeteiligung einiger Frauenjahrgänge wird durch Wanderungsgewinne kompensiert.

Spanien: Erwerbspersonenzunahme vor allem durch geburtenstarke Jahrgänge. Bedingt durch steigende Erwerbsbeteiligung beider Geschlechter sowie durch Wanderungsgewinne hat das Land EG-weit die Spitzenposition im Wachstum der Erwerbsbevölkerung.

Großbritannien: Kaum Veränderung der Bevölkerungs- und Erwerbspersonenzahl. Das Land hat zwar geburtenstarke Jahrgänge, die Erwerbsbeteiligung der jungen Briten wird sich jedoch leicht verringern. Es wird kaum Wanderungsgewinne geben.

EG insgesamt: Der Erwerbspersonenzuwachs basiert zu jeweils 40% auf Altersstruktureffekten und dem Anstieg des Erwerbsverhaltens. Zu 20% basiert er auf Wanderungsgewinnen (fast 1,4 Mio. Menschen).

3. Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsplätzen in der EG

3.1 Ohne Verwirklichung des Binnenmarktes

Bei der Betrachtung der *Nachfrageseite des Arbeitsmarktes* in der EG und in den Mitgliedsländern wird zunächst ein Szenario der wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung *ohne* Verwirklichung des Binnenmarktes dargestellt. Zu dieser quantitativen Ausgangsbasis werden dann die Auswirkungen der Verwirklichung des Binnenmarktes hinzugezählt.

Die Basis dieser Projektion ist ein ökonometrisches Modell, das die EG als Gesamttraum umfaßt und dem der Zeitraum 1973/1987 als Schätzzeitraum zugrundeliegt. Das Szenario ohne EG '92 ist in den Tabellen 3 und 4 wiedergegeben.

Tabelle 3 zeigt die Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsproduktes. Sie liegen unter Berücksichtigung dieser Bedingungen bis 2000 mit 2,2% deutlich höher als in der Vergangenheitsperiode 1978/87 (1,9% p.a.).

Ein Blick auf die einzelnen Mitgliedsländer zeigt einige Unterschiede:

Überproportionale Zuwächse verzeichnen vor allem die Länder Südeuropas (Griechenland, Spanien, Portugal). Allerdings starten sie von einem wesentlich niedrigeren Ausgangsniveau, das den relativ starken Anstieg des Wirtschaftswachstums erklärt.

Moderate Zuwächse verzeichnen die großen und hochindustrialisierten EG-Länder wie die BR Deutschland, Frankreich, Großbritannien.

Entsprechend dem höheren Wirtschaftswachstum nimmt auch die Zahl der Arbeitsplätze schneller zu als in der Vergangenheit. Von 1988 bis 2000 steigt die Zahl der Erwerbstätigen in der EG um rd. 7,5 Mio. Tabelle 4 weist überproportionale Beschäftigungsgewinne in den südeuropäischen Ländern und in Großbritannien (Entwicklung in den Dienstleistungsbereichen mit relativ niedrigen Produktivitätszuwächsen) aus.

Tabelle 3: Bruttoinlandsprodukt 1978–2000 (ohne EG-Binnenmarkt) zu Preisen von 1980, jährliche Wachstumsraten

Land	1978/ 1987	1978/ 1988	1979/ 1980	1980/ 1981	1981/ 1982	1982/ 1983	1983/ 1984	1984/ 1985	1985/ 1986	1986/ 1987	1987/ 1988	1988/ 1995	1995/ 2000
Belgien	1,5	1,8	4,1	-1,4	1,5	0,2	2,2	0,9	2,1	2,1	4,1	1,8	1,8
Dänemark	2,1	1,8	-0,4	-0,9	3,0	2,5	4,4	4,3	3,1	-0,7	-0,4	1,6	1,9
Frankreich	1,8	2,0	1,6	1,2	2,5	0,7	1,3	1,7	2,1	2,2	3,4	2,1	2,1
BR Deutschland	1,7	1,9	1,4	0,2	-0,6	1,5	2,8	2,0	2,3	1,9	3,5	2,1	2,1
Griechenland	1,1	1,4	2,0	-0,7	-0,9	0,4	3,1	2,0	1,3	-0,9	4,0	2,6	2,7
Irland	2,3	2,5	3,1	3,3	2,3	-0,2	4,2	1,6	-0,4	4,1	4,0	2,4	2,4
Italien	2,6	2,8	4,2	1,0	0,3	1,1	3,0	2,6	2,5	3,0	3,9	2,3	2,3
Luxemburg	2,8	3,0	1,2	-0,2	1,5	2,9	6,2	3,7	4,7	2,5	5,2	2,3	2,3
Niederlande	1,3	1,5	0,9	-0,7	-1,4	1,4	3,2	2,6	2,1	1,3	3,0	2,0	1,9
Portugal	2,7	2,8	4,7	1,3	2,2	-0,0	-1,4	2,8	4,1	4,7	4,0	3,4	3,4
Spanien	1,9	2,2	1,2	-0,2	1,2	1,8	1,8	2,3	3,3	5,5	5,0	3,2	3,2
Großbritannien	1,9	2,0	-2,3	-1,3	1,7	3,6	2,1	3,5	3,2	4,3	2,6	2,1	2,2
EG	1,9	2,1	1,2	0,1	0,9	1,6	2,3	2,3	2,5	2,7	3,4	2,2	2,2

Quelle: Prognos

Tabelle 4: Erwerbstätige 1978–2000 (ohne EG-Binnenmarkt), Grundzahlen in Personen (Tausend)

Land	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1995	2000
Belgien	3 753	3 799	3 797	3 722	3 672	3 634	3 635	3 662	3 698	3 712	3 759	3 809	3 857
Dänemark	2 424	2 453	2 442	2 410	2 421	2 428	2 470	2 532	2 593	2 614	2 607	2 666	2 729
Frankreich	21 818	21 836	21 847	21 716	21 752	21 668	21 467	21 394	21 434	21 445	21 582	22 045	22 388
BR Deutschland	26 113	26 444	26 866	26 868	26 673	26 376	26 482	26 597	26 851	27 036	27 196	27 572	27 934
Griechenland	3 276	3 312	3 356	3 529	3 491	3 509	3 500	3 589	3 602	3 599	3 649	3 866	4 039
Irland	1 095	1 129	1 141	1 131	1 133	1 110	1 090	1 059	1 068	1 074	1 080	1 095	1 112
Italien	21 315	21 641	22 062	22 060	22 182	22 325	22 413	22 613	22 786	22 924	23 200	24 111	24 837
Luxemburg	156	157	158	159	158	158	159	161	165	167	172	177	181
Niederlande	4 713	4 773	4 807	4 736	4 619	4 531	4 528	4 598	4 686	4 741	4 788	4 914	5 007
Portugal	3 797	3 879	3 865	3 901	3 830	3 787	3 729	3 729	3 628	3 728	3 838	4 033	4 201
Spanien	12 239	12 038	11 683	11 378	11 272	11 220	10 952	10 808	11 052	11 648	12 054	12 791	13 389
Großbritannien	25 015	25 393	25 327	24 345	23 908	23 610	24 060	24 446	24 544	24 910	25 741	26 672	27 502
EG	125 715	126 854	127 352	125 955	125 111	124 354	124 484	125 188	126 108	127 598	129 666	133 751	137 175

Werte für 1988 sind vorläufig

Quelle: Prognos

3.2 Auswirkungen der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes

Eine über die beschriebenen Wachstumschancen hinausgehende höhere Dynamik des längerfristigen Wirtschaftswachstums wird die Beseitigung der festgestellten Rigiditäten (mangelnde Flexibilität der Wirtschaft, Marktabschottungen, institutionelle Inflexibilitäten, zu kleine Märkte u. ä.) durch die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes zur Folge haben. Der Abbau physischer, technischer und fiskalischer Barrieren bedeutet die Aufhebung der existierenden Marktsegmentierungen mit unterschiedbaren direkten (unmittelbare Kosteneinsparung) und indirekten Wirkungsmechanismen. Letztere sind mittel- bis langfristiger Natur und ergeben sich aus wettbewerbsinduzierten Preissenkungen, der Restrukturierung von Industriezweigen, Skaleneffekten, Produktivitätssteigerungen, der Neubewertung der Standorte und gesamtwirtschaftlichen Multiplikatoreffekten.

Im folgenden werden die Auswirkungen der Binnenmarktvollendung beispielhaft für ausgewählte Wirtschaftszweige näher untersucht. Anzumerken ist jedoch, daß die EG-weiten Wachstumseffekte, wie sie bislang unter der Hypothese der Vollendung des Binnenmarktes bis 1993 errechnet wurden, möglicherweise nicht in dem erwarteten Umfang auftreten, da wesentliche Voraussetzungen des Binnenmarktes realistisch bis Ende 1992 nicht erfüllt sein werden.

3.2.7 Analyse der Binnenmarktvollendung für ausgewählte Wirtschaftszweige – Fallstudien

In diesen *qualitativen* Analysen kommt die unterschiedliche Betroffenheit einzelner Branchen in den EG-Mitgliedsstaaten zum Ausdruck. Eine besondere Betroffenheit ergibt sich für diejenigen Branchen, die in überdurchschnittlichem Maße durch die existierenden Handelsbarrieren und Marktregulierungen geschützt worden sind. Von Marktzugangsbeschränkungen sind in erster Linie öffentliche Dienstleistungen (Post- und Fernmeldewesen, öffentlicher Personennahverkehr, Eisenbahnen u. a.) betroffen. Über die Festlegung von Preisen und Konditionen werden vor allem die Verkehrsmärkte (Luft- und Güterfernverkehr) sowie die Märkte für Finanzdienstleistungen reguliert.

Technische Normen und Arbeitszeitsvorschriften betreffen in erster Linie die Investitionsgütermärkte, während Gesundheits- und Umweltschutzvorschriften in die

Gesundheits- und Pharma-Märkte sowie in die Märkte für Nahrungsmittel eingreifen.

Die Fallstudien finden in den nachfolgenden Kapiteln Eingang in die *Quantifizierung* der Binnenmarkteffekte.

Kfz-Industrie a)

Herstellung

Die Schlüsselbranche Automobilindustrie ist durch international agierende Großunternehmen und einen hohen Konzentrationsgrad geprägt. Wesentlich für die Wettbewerbsfähigkeit ist neben dem Preis die Produktqualität. Seit einigen Jahren ist die Strukturanpassung der europäischen Automobilkonzerne in Form einer Verbesserung des Preis-TLeistungsverhältnisses in vollem Gange. Die hohen F+E-Aufwendungen stellen Quasi-Fixkosten dar, deren Amortisierung im allgemeinen große Stückzahlen voraussetzt. Ein großer Binnenmarkt ist für den Automobilbau von besonderem Vorteil, da er den nationalen Produzenten eine gewisse Gewähr für hohe Stückzahlen bietet.

Mit dem EG-Binnenmarkt sollen die derzeit noch existierenden Hemmnisse (technische Standards, unterschiedliche Subventionspraktiken, fiskalische Unterschiede) beseitigt werden. Vorgesehen ist die Beseitigung technischer Schranken, eine Harmonisierung von Mehrwert- und Mineralölsteuer und eine EG-Rahmenrichtlinie für Staatsbeihilfen.

Der *unmittelbare Effekt* dieser Veränderungen wären Kostensenkungen in der Entwicklung, der Produktion, der Lagerhaltung sowie in der Verwaltung. Weitere Kosteneinsparungen ergeben sich über Skaleneffekte. Im Kontext eines EG-Binnenmarktes erhöht sich die Kooperationsbereitschaft der Hersteller. Aus der entwicklungs- und produktionstechnischen Zusammenarbeit ergeben sich kostensenkende Möglichkeiten der Arbeitsteilung. Der Kostensenkungseffekt wird auf 5% der Fertigungs- oder Produktionskosten (= 2,6 Mrd. ECU) geschätzt, wovon rund 30% auf Personaleinsparungen infolge einer höheren Arbeitsproduktivität entfallen. Die Kostenreduzierungen durch Veränderungen im Distributionsbereich (Händler führen mehrere Automobilmarken im Sortiment) werden auf 2 Mrd. ECU geschätzt. Werden die Kosteneinsparungen am Markt in Form von Preissenkungen weitergegeben, rechnet man – *ceteris paribus* – mit einer Nachfragesteigerung von 6%. Langfristig verbessert sich die Wettbewerbsfähigkeit auf

Drittmärkten, was eine Steigerung der Exportquote zur Folge hätte. Auf der Ebene der einzelnen EG-Staaten partizipieren die deutsche und britische Automobilindustrie vergleichsweise stark. Der französische, niederländische und belgische Automobilbau liegt ebenfalls gut im Rennen, während der spanische und italienische nur unterdurchschnittlich profitieren dürfte.

b) Zulieferer

Die auf die Kfz-Zulieferindustrie zukommenden Veränderungen sind im wesentlichen deckungsgleich mit denen der Automobilindustrie. Im Gefolge wachsender Automobilexporte der Gemeinschaft und einer tendenziellen Verringerung der Fertigungstiefe steigt auch die Nachfrage nach Zulieferprodukten.

Bedeutend für die Zulieferindustrie ist allerdings weniger die Deregulierung technischer Auflagen als vielmehr die Beseitigung administrativer Hemmnisse (Grenzkontrollen).

Von besonderem Gewicht ist die zu erwartende Zusammenarbeit der europäischen Automobilhersteller und eine damit verknüpfte Umstrukturierung in den Zulieferbeziehungen.

Unmittelbare Effekte einer Binnenmarktharmonisierung sind neben Kostensenkungen in der Verwaltung insbesondere solche in der Lagerhaltung und im Transport. Kosteneinsparungen über Skaleneffekte ergeben sich dagegen eher mittelbar.

Der Kostensenkungseffekt kann für die Zulieferindustrie analog zur Automobilherstellung auf mindestens 5% der Fertigungs- oder Produktionskosten geschätzt werden. Unter der Annahme der Weitergabe an den Markt via Preissenkung kann mit einer Nachfragesteigerung in Höhe von etwa 3% gerechnet werden.

Der größte Teil dieses Nachfrageschubes kommt der an EG-Standorten ansässigen Zulieferindustrie zugute, wobei die Unternehmen Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland eher überproportional, die Italiens und Spaniens leicht unterproportional profitieren werden, während die französische, belgische und niederländische Zulieferindustrie etwa im Durchschnitt liegen wird.

Maschinenbau

Im Maschinenbau spielen im Vergleich zur Automobilbranche mehrheitlich kleine und mittlere Unternehmen eine dominierende Rolle. Der Konzentrationsgrad ist ausgesprochen gering, während das Produktprogramm sehr breit ist. Die Besonderheit der Branche – hohe Produktqualitätsanforderungen, Reduktion der Stückpreise über Lerneffekte auf der Basis einer engen Zusammenarbeit zwischen Hersteller und Anwender – machen den Maschinenbau zu einer standortabhängigen Branche. Dies zeigt sich daran, daß Länder mit dem historisch größten Marktvolumen (die traditionellen Industrieländer Europas, USA) das Hauptkontingent der Maschinenbauproduktion auf sich vereinigen sowie den Großteil des Weltmarktes beherrschen. Die auf den Maschinenbau mit Vollendung des EG-Binnenmarktes zukommenden Veränderungen resultieren einmal aus der Beseitigung administrativer Hemmnisse und in stärkerem Maße aus der Beseitigung technischer Schranken (Vereinheitlichung der Betriebserlaubnis). Durch die

- Erleichterung des Grenzübertritts
- Richtlinienvorgaben über gesetzliche Standards (Sicherheit, europäische Normen etc.)

- EG-weite Betriebszulassung entstehen als *unmittelbare Effekte* direkte Kostensenkungen in der Entwicklung, der Produktion, der Verwaltung und im Finanzierungsbereich. Nach Schätzungen betragen diese Kosteneinsparungseffekte 4,5-5%. Unterstellt, die geschätzten Kostensenkungen werden über die Stückpreissenkung an den Markt weitergegeben, ergibt sich eine Nachfrageerhöhung für Maschinenbauprodukte von 1-1,5%. Als *indirekter* Effekt ist eine Ankurbelung der Investitionsgüternachfrage zu erwarten, der die gewichtigere Folgewirkung für den Maschinenbau aus EG '92 darstellen dürfte. Mit den stärksten Impulsen kann wohl der bundesdeutsche Maschinen- und Anlagebau rechnen. Der britische, niederländische und etwas schwächer der französische Maschinenbau werden leicht überproportional profitieren; die übrigen EG-Mitgliedsstaaten dagegen unterdurchschnittlich.

Telekommunikation

Das Fernmeldewesen, im internationalen Sprachgebrauch Telekommunikation genannt, setzt sich zusammen aus Fernmeldenetzen, Benutzereinrichtungen und Fernmeldediensten.

Für die Abschätzung einer zukünftigen Nachfrageentwicklung im europäischen Binnenmarkt sind die Vergleiche der erhobenen Gebühren und die Produktqualität von besonderem Interesse. Bislang gab es erhebliche Preisunterschiede zwischen den Mitgliedsländern, was als Indikator für das Vorhandensein von Handelsschranken und als Verhinderung eines wirksamen Wettbewerbs gewertet werden kann. Der internationale Handel und damit die intra-industrielle Spezialisierung bei Telekom-Einrichtungen ist bislang gering ausgeprägt. Dies lag v. a. am staatlichen Monopol der Fernmeldegesellschaften. Folgende Veränderungen im Binnenmarkt '92 für den Telekom-Bereich sind vorgesehen:

- Liberalisierung des Marktes durch die Öffnung des staatlichen Auftragswesens,
- Entwicklung EG-weiter Standards und Normen,
- Einführung von ISDN als gemeinsamer Infrastruktur der Mitgliedsländer.

Diese Deregulierungsmaßnahmen haben Kostensenkungen als *unmittelbaren* Effekt. Mit der Harmonisierung der technischen Produkthanforderungen und der Öffnung der nationalen Beschaffungsmärkte für ausländische Produzenten bieten sich erheblich größere Spielräume für die Nutzung von Skaleneffekten; die Aufbrechung der Märkte gewährleistet eine bessere Auslastung der Produktionskapazitäten. Als weitere Konsequenz der Deregulierung ist ein vermehrtes Angebot innovativer Produkte zu erwarten. Mit der Reduktion der Produktlebenszyklen und der Erschließung neuer Marktfelder ist mit einem erheblichen Nachfrageschub bei Fernmeldeausrüstungen zu rechnen. In Verbindung mit den indirekten Wirkungen werden die Effekte auf 2,2 bis 3,5 Mrd ECU (gleich 7 bis 11% der Bruttowertschöpfung) geschätzt. Jedoch ist auch ein wachsendes Interesse von Drittlandanbietern (EFTA-Staaten, USA, Japan) am EG-Markt im Zuge der Deregulierung einzukalkulieren.

In welchem Ausmaß die einzelnen EG-Mitgliedsstaaten von dem Produktionszuwachs profitieren, ist von einer Reihe von Faktoren wie nationalem Abschottungsgrad, Größenstruktur der Unternehmen, Wettbewerbsfähigkeit im Preis-/Leistungsverhältnis, „lokalem“ Marktvolumen abhängig. Unternimmt man anhand dieser Faktoren eine Bewertung, so ist davon auszugehen, daß Frankreich und

Großbritannien, gefolgt von der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden überproportional, Italien proportional und die übrigen EG-Mitgliedsstaaten dagegen eher unterdurchschnittlich profitieren werden.

Pharmazeutische Industrie

Die Chemische Industrie ist durch die Binnenmarktharmonisierung nicht entscheidend betroffen, mit Ausnahme der Pharmazeutischen Industrie. Die EG-Pharmamärkte sind bislang stark reglementiert und dadurch national segmentiert. Dies resultiert im wesentlichen aus den nationalen Unterschieden bei den Zulassungsbedingungen für Medikamente, den Vergütungsregelungen der Krankenversicherungen und den nationalen Preisunterschieden. Zudem weist die Pharmaindustrie einen hohen Konzentrationsgrad auf; 3% der Unternehmen bedienen 80% des Marktes. Die Schaffung eines EG-Binnenmarktes für pharmazeutische Produkte bezieht sich auf eine Vereinheitlichung für Zulassung und Registrierung neuer Medikamente, die gegenseitige Anerkennung staatlicher Bewilligungen, die Vereinheitlichung der Verpackungsvorschriften etc. und die Offenlegung der Erstattungsregelungen der Sozialversicherungen (Transparenzklausel).

Der *unmittelbare Effekt* für die Pharmaindustrie wird auf 160 bis 200 Mio. ECU p. a. geschätzt, wovon 75% durch Zeitersparnis infolge kürzerer Markteinführungsfristen bedingt sind.

Der Abbau der Marktzugangsbarrieren wird darüber hinaus die Bereinigung der Niederlassungsstruktur begünstigen, was ebenfalls zur Kostensenkung beiträgt. Die direkten Wirkungen auf die Bruttowertschöpfung werden auf 1 Mrd. ECU geschätzt; die indirekten Effekte (größenbedingte Kostenvorteile, Umstrukturierungen) auf zusätzlich 2 Mrd. ECU.

Ein verschärfter Preiswettbewerb ist eher unwahrscheinlich, dagegen wird aber von einem interregionalen Restrukturierungseffekt ausgegangen. Wettbewerbselemente sind dabei die F + E-Intensität und der erreichte Grad der Internationalisierung. Bei letzterem liegen Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland vorne, während die französischen und italienischen Pharmaunternehmen stärker national orientiert sind, genauso wie die belgischen, dänischen und niederländischen. In Griechenland und Portugal fehlt ein nationaler Pharmasektor gänzlich. Hinsichtlich der F+E-Kapazität wird die Bundesrepublik Deutschland benachteiligt (durch Veränderungen im Preis-Kosten-Verhältnis durch die Preisharmonisierung), während Italien und Frankreich begünstigt werden. Großbritannien wird seine überdurchschnittliche Position behaupten können.

Von der Rationalisierung der Niederlassungsstruktur schließlich werden Griechenland und Portugal extrem negativ betroffen sein. Positive Auswirkungen sind für Großbritannien und etwas schwächer für die Bundesrepublik Deutschland zu erwarten, während in den übrigen Mitgliedsländern von einer gewissen Bereinigung der Niederlassungsstruktur auszugehen ist.

Textil und Bekleidung

Für die europäische Textilindustrie ergeben sich die bedeutendsten Veränderungen in der vollständigen Integration von Spanien, Portugal und Griechenland und in der Ersetzung von länderspezifischen Quoten im Rahmen des Welttextilabkommens durch eine Gemeinschaftsquote ab 1993. Letzteres wird zum Wegfall der Ursprungsnachweise im innergemeinschaftlichen Handel führen. Daneben wird die

Aufhebung der mit den unterschiedlichen Mehrwertsteuerregelungen und Finanzdienstleistungen zusammenhängenden Barrieren die Textil- und Bekleidungsindustrie betreffen.

Der unmittelbare Fortfall der Grenzkontrollen wird die administrativen Kosten des Exports verringern. Die hohe Wettbewerbsintensität wird Preissenkungen induzieren, jedoch wird dies kaum Mengenwirkungen haben aufgrund einer weitgehend preisunelastischen Nachfrage. Neben diesen eher marginalen Wirkungen wird der Wettbewerb weiter verschärft, was zu vermehrter Auslagerung der Produktion in Niedriglohnländer führen wird. Die Tendenz zur Spezialisierung wird sich fortsetzen (EG-Hersteller produzieren in den Mittel- und Hochpreissegmenten, Drittländer in den Niedrigpreissegmenten).

Wenn auch für die Gemeinschaft insgesamt allenfalls von einer Stabilisierung der Textilproduktion auszugehen ist, so wird die Binnenmarktharmonisierung einen *handels-schaffenden Effekt* haben, der von interregionalen Verschiebungen im Angebot begleitet sein wird. Italien wird seinen Anteil am textilen Binnenmarkt weiter erhöhen. Spanien und Portugal werden im Textilbereich am meisten vom Binnenmarkt profitieren. Die Bundesrepublik Deutschland wird ihre Exportaktivitäten zwar aufrechterhalten können, aber um den Preis eines höheren Anteils importierter Vorleistungen in Form von Zukaufen und/oder Lohnveredelung. Frankreich wird Marktanteile abgeben müssen; in geringerem Umfang auch Großbritannien und die kleineren EG-Länder.

Wie im Sektor Textil ergibt sich auch bei der *Bekleidungsindustrie* nur ein marginaler Kosten- und damit Preis- und Nachfrageeffekt. Die Hochlohnländer werden angesichts der geringfügigen Möglichkeiten zur Substitution des Faktors Arbeit als Standorte der Bekleidungsindustrie noch weiter an Attraktivität verlieren. Rationalisierungen in Vertrieb und Marketing werden die Stückkosten nur um 0,3-0,6% senken können. Dies betrifft im wesentlichen die Bundesrepublik Deutschland, die Beneluxländer und Dänemark.

Nahrungsmittelindustrie

Die Nahrungsmittelindustrie ist ein vergleichsweise heterogener Wirtschaftssektor, sowohl in bezug auf das Produktspektrum als auch in bezug auf die regionale Differenzierung. Der Verflechtungsgrad variiert in den verschiedenen Produktspektren erheblich. Die Subsektoren Teigwaren, Süßwaren, Brauereiprodukte, Mineralwasser, Getränke und Spirituosen weisen einen relativ geringen Verflechtungsgrad bei erheblichen Preisdisparitäten auf. Sie werden durch die Binnenmarktharmonisierung besonders betroffen, da die künstlichen Marktzugangsbeschränkungen (Reinheitsgebot, Pasta-Reinheitsgesetz u. a.) abgebaut werden sollen.

Darüber hinaus werden Teile der Nahrungsmittelindustrie durch die Bestrebungen auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer und insbesondere der Verbrauchssteuern tangiert, genauso wie durch Veränderungen in bezug auf die industrielle Zusammenarbeit und die Einführung eines europäischen Markenschutzes.

Für den größten Teil der Nahrungsmittelindustrie wird das Binnenmarktprogramm nur sehr geringfügige Auswirkungen haben. Für die oben angesprochenen Subsektoren wird mit Kosteneinsparungen in Höhe von 500 Mio. bis 1 Mrd. ECU p. a. gerechnet.

Zusätzlich ergeben sich indirekte Effekte durch die Angleichung der Verbrauchsgewohnheiten, wodurch die Marktgröße zunehmen wird. Aus dem Kreis der europäischen

Anbieter werden hauptsächlich Großbritannien, die Niederlande und Frankreich durch Übernahmen, Kooperationen und Niederlassungen auf anderen EG-Märkten Fuß fassen. Die wichtigsten Zielländer werden die Bundesrepublik Deutschland und Italien sein, deren Nahrungsmittelinindustrie infolge der mittelständischen Struktur gewisse Wettbewerbschwächen aufweist. In bezug auf die Betroffenheit einzelner Produkte am Kostensenkungseffekt stehen Schokolade und Bier an erster Stelle, gefolgt von Teigwaren und Speiseeis.

Allerdings ist auch mit einem weiterhin wachsenden Engagement von Drittlandproduzenten (USA, Schweiz, Japan) auf den EG-Märkten zu rechnen.

Baugewerbe

Das Baugewerbe in der EG ist weitgehend mittelständisch strukturiert. Der Konzentrationsgrad ist mit Ausnahme Frankreichs und Großbritanniens gering. Die Unternehmen des europäischen Baugewerbes sind national bzw. lokal ausgerichtet; der Anteil grenzüberschreitender Bauleistungen lag für die EG bei ca. 5%. Die auf die Bauwirtschaft zukommenden Veränderungen resultieren im wesentlichen aus einer Liberalisierung des öffentlichen Auftragswesens (Aufträge über 5 Mio. ECU müssen EG-weit ausgeschrieben werden), einer weitgehenden Vereinheitlichung des Vergabeverfahrens für die öffentlichen Bauleistungen und die Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Direkt betroffen von der Realisierung des EG-Binnenmarktes werden die im kleinen Grenzverkehr angebotenen Bauleistungen und die Großprojekte im Wirtschafts- und Tiefbau sein. Angesichts eines bereits in der Vergangenheit hohen Informationsstandes werden die europäischen Großunternehmen jedoch nur marginal von der erhöhten Transparenz der Ausschreibungen profitieren. Eine größere Bedeutung wird allerdings der Subunternehmer-Einsatz gewinnen, sowohl in den Ländern, die heute bereits einen hohen Anteil aufweisen (Frankreich und Großbritannien), als auch in Ländern mit einem geringen Anteil (Bundesrepublik Deutschland).

Die Marktöffnung wird vorderhand EG-weit die Produktivität verändern, vor allem in Ländern mit bislang niedrigem Niveau (Italien, Spanien, Großbritannien, Griechenland, Portugal). Wichtiger als die direkten Harmonisierungseffekte, werden die *indirekten* Effekte in Form einer allgemeinen Ankurbelung der Bautätigkeit aufgrund der Wachstums- und Investitionsbeschleunigung in der Gemeinschaft gewertet. Sie werden auf rd. 4% der Bruttowertschöpfung geschätzt.

Hinsichtlich der interregionalen Verteilungseffekte dürfte die Wettbewerbsfähigkeit des französischen, britischen, deutschen und niederländischen Baugewerbes als relativ stark einzuschätzen sein. Die des italienischen liegt im Mittelfeld, während eine eher schwache Position in Spanien, Dänemark, Belgien, Portugal, Griechenland und Irland sichtbar ist.

Verkehr

Zu den Auswirkungen der EG-Binnenmarktvollendung läßt sich festhalten, daß sich die ordnungspolitische Deregulierung im Verkehrssektor nicht sprunghaft, sondern eher kontinuierlich auf das Verkehrsaufkommens- und Verkehrsleistungswachstum im Personen- und Güterverkehr auswirken wird. Die zunehmende Dienstleistungsorientierung (bei steigenden Wertdichten der Transportgü-

ter) spricht im Güterverkehr für ein unterproportionales Transportwachstum. Die Wachstumseffekte im Verkehrssektor insgesamt treten eher lang- als kurzfristig auf. Hinsichtlich der *Eisenbahnen* wird eine Verschlechterung der Wettbewerbspositionen eintreten, da sie vor dem Hintergrund ihrer Kostenstruktur und finanziellen Situation einem verstärkten Konkurrenzdruck nicht standhalten können. Umweltpolitisch motivierte Forderungen und solche nach einer Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen wirken dieser Tendenz allerdings entgegen, so daß die Eisenbahnen von nur geringfügig negativen Modal-Split-Effekten (Verlagerung der Verkehrsträger) berührt sein werden, wovon besonders die Bundesrepublik Deutschland und Italien betroffen werden. Beim „*sonstigen Landverkehr*“, bei dem es sich vom Mineralöltransport in Rohrleitungen abgesehen um Straßenverkehr handelt, stellen sich die oben benannten Effekte mit entgegengesetzten Vorzeichen dar. Eine Liberalisierung im *gewerblichen Straßenpersonenverkehr* wird diesem zusätzliche Marktanteile eröffnen. Die vorgesehene Eröffnung „umgekehrter Pendelverkehre“ bringt eine Verlagerung von Transporten in Beheimatungsländer, wovon in erster Linie die Unternehmen der Ferienzielländer (Griechenland, Italien, Spanien, Portugal) positiv betroffen sind.

Die gravierendsten Veränderungen werden in der *Güterbeförderung im Straßenverkehr* erwartet. Ein positiver Modal-Split-Effekt könnte aber durch umweltpolitische Gegensteuerungen abgeschwächt werden. Die Auswirkungen der Liberalisierung auf die einzelnen EG-Länder sind schwer abzuschätzen; sie hängen von den unterschiedlichen staatlichen Eingriffen ab. Unter Vorbehalt läßt sich vermuten, daß die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien im gewerblichen Straßengüterverkehr an der Verteilung der Binnenmarkteffekte insbesondere im Vergleich zu den Niederlanden, Belgien und Dänemark relativ ungünstig abschneiden, während sich positive und negative Effekte bei den anderen Ländern weitgehend ausgleichen.

Im Bereich der *Seeschifffahrt* werden sich dagegen weder nennenswerte Modal-Split- noch Länderverteilungseffekte einstellen. Im Bereich des *Luftverkehrs* ist zu erwarten, daß der Passagierverkehr zunimmt. Infrastrukturengpässe haben aber zur Folge, daß der innereuropäische Luftfrachtverkehr kaum nennenswerte Steigerungen erfahren wird. Der zunehmende Wettbewerb wird die größeren Unternehmen tendenziell begünstigen und Kooperationsvereinbarungen zwischen Luftverkehrsunternehmen verstärken. Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich werden von den Binnenmarktentwicklungen deutlich und die Niederlande weniger stark profitieren, während die kleineren Länder unterproportionale Zuwächse verzeichnen werden.

Aufgrund der Heterogenität des Bereichs „*Sonstige dem Verkehr zuzuordnende Tätigkeiten*“ ist es kaum möglich, EG-Binnenmarkteffekte im Detail zu beurteilen. Führt man aber eine Bewertung analog der anderen Verkehrssektoren durch, so sind in Frankreich, den Niederlanden, Dänemark und Spanien Anteilzuwächse zu erwarten, in der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Luxemburg, Irland und Portugal hingegen Rückgänge.

Finanz dienstleistungen

Alle Mitgliedsstaaten der EG regulieren den Zugang zu den Sektoren „Bank- und Versicherungsgewerbe“ und überwachen seine Transaktionen. Seit einigen Jahren wird im *Versicherungsgewerbe* durch Harmonisierungsrichtli-

nien eine Deregulierung angestrebt. Eines der Ergebnisse dieses Vorhabens ist, daß in Zukunft eine Versicherungsgesellschaft, deren Niederlassung sich in einem Mitgliedsland befindet, Risiken, die in einem anderen Mitgliedsland auftreten, unabhängig vom Wohnsitz des Versicherungsnehmers, abdecken kann. Dies gilt jedoch nur für Großbritannien, 80% des Versicherungsgeschäftes bleiben dabei ausgespart.

Die Deregulierung im *Bankbereich* sieht die Einführung einer einheitlichen Banklizenz vor, mit der es den Kreditinstituten in Zukunft möglich ist, in einem anderen Mitgliedsstaat ohne die Zulassung des betreffenden Landes und ohne ein zusätzliches Dotationskapital eine Zweigniederlassung zu eröffnen. Zudem gilt künftig das Prinzip der Herkunftslandkontrolle, d. h. jedes Kreditinstitut, das im Herkunftsland integrale Banktätigkeiten ausüben kann, kann dies auch überall in der Gemeinschaft tun. Mit einem dadurch steigenden Wettbewerb wird davon ausgegangen, daß Kapazitäten besser ausgelastet werden, die Ausschöpfung von Rationalisierungspotentialen erhöht und der Prozeß der Produktinnovation beschleunigt wird. Gerechnet wird mit Preissenkungen und Produktqualitätssteigerungen. Das Preissenkungspotential (Basis: 8 EG-Mitgliedsstaaten) wird auf 21,6 Mrd. ECU geschätzt, das entspricht 5% der Bruttowertschöpfung der Banken und Versicherungen.

Kriterien zur Beurteilung der künftigen Wettbewerbsfähigkeit sind neben dem Angebot einer breiten Produktpalette

(Universalbanken „Allfinanz“), die Leistungsfähigkeit des nationalen Vertriebsapparates und die bisherige internationale Präsenz. Nach einer abschließenden Bewertung dieser Faktoren ist davon auszugehen, daß Großbritannien wohl der größte Gewinner der Deregulierung sein wird, gefolgt von der Bundesrepublik Deutschland, Luxemburg sowie den Niederlanden, Belgien und auch Frankreich. Die Positionen Italiens und Spaniens sind dagegen schwächer einzuordnen.

3.2.2 Quantifizierung der Effekte der Verwirklichung des Binnenmarktes

3.2.2.1 Methodische Grundlagen zur Quantifizierung der Binnenmarkteffekte

In den folgenden Kapiteln geht es darum, die Effekte der Verwirklichung des Binnenmarktes länder- und branchenweise zu quantifizieren. Zuerst werden die spezifischen Binnenmarkteffekte berechnet (siehe hierzu auch den methodischen Anhang). Diese werden mit dem Szenario ohne Binnenmarktverwirklichung verknüpft und man erhält daraus die Ergebnisse zum Szenario mit Binnenmarktvollendung. Ausgangspunkt ist die Gegenüberstellung länderspezifischer Merkmale für alle 12 EG-Länder. Diese Merkmale sind standortdifferenzierende Erklärungsgrößen, die bei einer Standortentscheidung ins Kalkül mit aufgenommen werden können und branchenübergreifend von Bedeutung sind. Dazu gehören:

Tabelle 5: Kriterien der Standortwahl (Ländermerkmale = Matrix A) (Indizes, EG-Durchschnitt = 100)

Land													
	Belgien	Dänemark	Frankreich	BR Deutschland	Griechenland	Irland	Italien	Luxemburg	Niederlande	Portugal	Spanien	Großbritannien	EG
1	81	80	128	132	80	94	124	74	93	89	110	134	100
2	108	111	106	128	81	118	90	108	120	77	92	89	100
3	105	105	90	95	90	115	90	100	105	110	80	110	100
4	116	126	92	131	73	120	96	116	118	68	76	84	100
5	110	110	110	110	80	105	95	105	110	65	90	90	100
6	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
7	97	97	98	93	102	102	99	100	92	105	98	112	100
8	128	98	122	117	38	83	93	129	139	29	80	88	100
9	92	88	84	80	280	117	104	86	81	365	145	116	100
10	110	100	95	110	90	100	90	100	110	90	95	100	100
11	96	50	104	65	113	127	100	96	75	136	132	102	100
12	120	120	120	120	80	85	100	100	120	80	80	110	100
13	95	110	110	110	95	100	90	95	100	90	95	105	100
14	100	96	143	170	32	83	85	100	142	48	54	137	100
15	115	116	113	109	81	98	92	106	109	71	97	107	100
16	100	130	90	85	120	70	80	115	130	110	130	105	100
17	115	120	128	98	83	68	98	105	90	105	110	104	100
18	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
19	105	100	110	110	90	95	105	95	100	90	100	105	100
20	100	105	105	110	90	100	90	105	110	90	95	110	100
21	105	105	105	110	60	100	100	110	110	85	90	120	100
22	100	110	105	110	85	85	95	100	110	80	95	110	100
23	110	107	91	130	57	103	82	130	125	77	111	122	100
24	140	85	120	140	60	80	75	125	150	85	70	90	100
25	100	115	100	115	70	110	70	100	115	80	75	115	100
26	100	110	90	110	85	105	95	110	105	100	90	105	100
27	105	95	110	125	75	85	105	100	100	80	95	115	100
28	95	90	95	90	115	110	105	95	90	100	115	110	100
29	88	118	109	140	70	110	77	90	111	65	91	120	100
30	97	103	95	105	85	105	90	105	105	95	95	105	100
31	53	43	189	208	37	22	186	28	66	35	127	189	100
32	99	93	98	99	98	106	102	105	99	106	106	102	100

Quelle: Prognos

- (1) Angebot und Struktur der Arbeitskräfte
- (2) Arbeitszeit und Arbeitsproduktivität
- (3) Produktionskosten
- (4) Infrastruktur-Ausstattung
- (5) Kosten der Infrastruktur
- (6) die wirtschaftliche „Infrastruktur“ (Informationsbeziehungen)
- (7) politisches und soziales Klima
- (8) wirtschaftlicher Ordnungsrahmen
- (9) Dynamik, Marktpotential.

Bei der Festlegung der Standortkriterien war darauf zu achten, daß möglichst Unabhängigkeit zwischen den ausgewählten Merkmalen besteht, d. h. daß die Merkmale sich möglichst nicht gegenseitig beeinflussen oder gar bedingen. Die oben aufgeführten 9 Obergruppen der Ländermerkmale werden noch weiter unterteilt. Insgesamt umfaßt der Katalog 32 branchenübergreifende Standort- bzw. Ländermerkmale (siehe Übersicht Ländermerkmale im Anhang).

Die Ausprägungen der einzelnen Ländermerkmale werden zweckmäßigerweise in Indizes überführt, wobei der jeweilige Länderindex die Abweichung vom EG-Durchschnitt (= 100) darstellt. Die Bewertung erfolgt so, daß die standortgünstigen Merkmalsausprägungen über 100 und die ungünstigen Ausprägungen immer unter 100 liegen.

Diese 32 Kriterien der EG-länderspezifischen Standortwahl sind in der Tabelle 5 dargestellt. Sie bilden die Matrix A. Ein großer Teil der Matrixelemente (Indizes) konnte durch länderspezifische quantitative Informationen aufgefüllt werden. Für die Einflüßbereiche politisches, soziales und wirtschaftliches Klima sind dagegen in der Regel nur „weiche“ Daten oder Indikatoren verfügbar, anhand derer die Beurteilung erfolgte.

Die Indexdarstellung der 32 Ländermerkmale hat für sich genommen nur eine begrenzte Aussagefähigkeit. Jedes der 32 Ländermerkmale geht z.B. in obiger Matrix A mit gleicher Gewichtung ein. Es ist aber einsichtig, daß diese

Tabelle 6: Branchenmerkmale des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾ (Matrix B)

	Produktionsbedingungen						Marktbedingungen						
	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	7
<i>Grundstoff/Produktionsgüter</i>													
Mineralöl	21	135	(9)	619		345	N	H	N	N		H	145
Steine und Erden	89	99	24	159	407	121	N		N		50		220
Eisen und Stahl	100	107	33	209	1 270	221	N	H	N	H	130	H	90
NE-Metalle	95	95	30	151	460	216	N	H			170	M	50
Eisengießereien	109			93			N						
NE-Metallgießereien	104	89	27	69	118	171	N				60		70
Ziehereien, Kaltwalzwerke	99	83	23	109	134	70	N				160		110
Chemie	91	107	189	176	240	230	H	M	H	M	160	z. T. H.	110
Holzbearbeitung	92	91	(10)	111	165	142	N	H	N		50		150
Zellstoff und Papier	82	100	(10)	221	580	202	M/H	H	N		100		120
Gummi	101	77	47	76	108	37	N	H	M	H	125		70
<i>Investitionsgüter</i>													
Stahlverformung	99			77	44						40		
Stahlbau	116	127	72	50	52	30	N	M	M	N	40		120
Maschinenbau	108	121	114	65	35	29	M/H	N	H	N	190		80
Straßenfahrzeugbau	99	103	113	102	51	59	M/H	M	H	N	205		65
Schiffbau	118	143	61	133	65	24	M	M	H	N	20	M	85
Luft- und Raumfahrzeugbau	115	139	(1 100)	57	23	23	H	N	H	H	205	M	20
Elektrotechnik	101	97	255	65	27	27	N/H	M	z. T. H.	N	125	z. T. H.	50
Feinmechanik/Optik	102	93	109	57	23	21	M	M	H	N	190	M	80
Eisen-, Blech-, Metallwaren	99	87	42	73	55	60	M	M	N		85		90
Büromaschinen, EDV	96	115	113	126	10	33	H	z. T. H.	H	N	240		20
<i>Verbrauchsgüter</i>													
Musikinstrumente	(94)	79	42	68	22	31	N		M	N	130		100
Feinkeramik	109	63	36	66	205	64	N	H	M	H	150		140
Glasgewerbe	96	89	28	131	345	67	N	M	M/H	H	130		95
Holzverarbeitung	103	95	(11)	73	31	82	N	M	M	N	95		160
Papierverarbeitung	90	83	(10)	97	92	34	M		M	N	95		120
Druckereien	97	111	(11)	98	38	38	M		M	H	40		120
Kunststoffwaren	91	83	40	77	65	43	H	M	H		140		75
Leder	105	75	(5)	63	50	59	N	H	N	N	190		120
Textil	97	79	15	99	162	57	N/M	H	M	H	215		80
Bekleidung	104	73	(0)	36	23	11	N	H	N	N	125		95
Nahrungs-, Genußmittel	90	93	7	155	94	74	M	M/H	N/M	N	70	H	130
<i>Verarbeitendes Gewerbe insgesamt</i>	100	100	100	100	100	100					100		100

Die Numerierung in der Kopfzeile entspricht der Kennzeichnung der Branchenmerkmale (Anhang)

¹⁾ Definition im Text

N = Niedrig (unterdurchschnittlich)

M = Mittel (durchschnittlich)

H = Hoch (überdurchschnittlich)

Quelle: Prognos

Standortkriterien (bzw. ihre Ausprägung als Indizes) für die einzelnen Branchen von unterschiedlicher Bedeutung sind. Um diese Bedeutungsunterschiede zu berücksichtigen, müssen die Ländermerkmale *je nach Branche* anders gewichtet werden. Um diese Branchenunterschiede herauszuarbeiten, wurde wieder eine Übersicht (Matrix B) erstellt, in der, ähnlich wie bei den Ländermerkmalen, einzelnen Branchen branchenspezifische Charakteristika zugeordnet werden. Diese Branchenmerkmale decken insbesondere Produktionsbedingungen ab, wie z.B. Lohnkostenintensität, Qualifikationsintensität, Energieintensität und absatz-/wettbewerbsorientierte Aspekte wie z.B. Dynamik der Nachfrage, Preisstreuung zwischen Ländern, bisherige Marktabschottung usw. Beispiel für Matrix B ist die Tabelle 6, in der die Branchenmerkmale des Verarbeitenden Gewerbes dargestellt sind.

Die in der Matrix B gesammelten Informationen als Branchenraster dienen dazu, die Bedeutung der in Matrix A dargestellten Standort- bzw. Ländermerkmale für jede Branche herauszuarbeiten. Dieser Bewertungsprozeß findet seinen Niederschlag in der Matrix C (Tabelle 7), die aus branchenspezifischen Gewichtungsvektoren besteht. Die Elemente dieser Vektoren enthalten die Bedeutungsstruktur (Gewichte) einzelner Ländermerkmale, die sich zu 1 addieren müssen. Jede Branche weist einen eigenen Gewichtungsvektor auf.

Für die Ableitung dieser branchenspezifischen Gewichtungsstrukturen aus den Branchenmerkmalen der Matrix B gibt es keinen eindeutigen Weg. Hinweise auf die Gewichtungsstruktur können in gewissem Umfang Unternehmensbefragungen entnommen werden. An dieser Stelle können auch individuelle Bewertungen ins Spiel kommen (sie sind allerdings als solche im Text des Hauptberichtes sofort erkennbar). Grundsätzlich ist jedoch die Nebenbedingung einzuhalten, daß die Gewichte sich zu 1 addieren.

Wenn man die Indexwerte der Matrix A, also die Ländermerkmale, mit den branchenspezifischen Gewichtungsstrukturen der Matrix C (Tabelle 7) verknüpft, und zwar dergestalt, daß die Gewichtungsstruktur einer Branche mit den Ländermerkmalen aller Länder verknüpft wird, dann erhält man als Ergebnis für jedes Land einen durchschnittlichen Indexwert, der die relative Position des Landes im Vergleich zum EG-Durchschnitt (= 100) für die jeweilige Branche ausdrückt (Matrix D). Die durchschnittlichen Indexwerte beschreiben also, ob das jeweilige EG-Land in überproportionaler (Indexwert größer als 100) oder unterproportionaler Weise (Indexwert kleiner als 100) an den EG-weiten Binnenmarkteffekten einer bestimmten Branche partizipieren wird.

In Tabelle 8 (Matrix D) sind die Ergebnisse der Berechnungen zusammengestellt. Die Indizes repräsentieren für jede Branche die relative Position eines jeden EG-Landes im Vergleich zum EG-Durchschnitt. Ein Indexwert von

über 100 für ein Land bedeutet also, daß das Land überproportional im Vergleich zum bisher erreichten Anteil an der Bruttowertschöpfung der jeweiligen Branche partizipieren wird und vice versa. Die Werte sagen noch nichts über die absolute Größenordnung der Verteilung der EG-Effekte aus; dies hängt zum einen davon ab, wie stark die einzelnen Branchen, absolut gemessen, von der Vollendung des Binnenmarktes tangiert werden, zum anderen von den Anteilswerten der Länder an der jeweiligen Bruttowertschöpfung der Branchen.

Im einzelnen lassen sich folgende Tendenzen feststellen: Bezogen auf den Durchschnitt aller Branchen des Verarbeitenden Gewerbes und nach Ländern verteilt weisen die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien die höchsten Indexwerte auf. Die günstige Einschätzung beider Länder beruht aber nicht auf den gleichen Standortmerkmalen. Für Großbritannien sprechen vor allem die relativ günstige Unternehmensbesteuerung, die auf Flexibilität ausgerichtete Wirtschaftspolitik und das z. B. gegenüber der Bundesrepublik Deutschland niedrigere Lohnniveau. Bei der Bundesrepublik Deutschland zählen die Qualifikation der Arbeitskräfte, die gute Infrastrukturausstattung, das hohe Kaufkraftpotential und die stabile soziale Lage. Überdurchschnittliche Werte erzielen auch Frankreich und die Niederlande und in der Mehrzahl der Branchen auch Belgien. Italien liegt mehrheitlich knapp unter dem EG-Durchschnitt, Portugal und Spanien weisen in einer Reihe von Branchen überdurchschnittliche Werte auf.

3.2.2.2 Aufteilung der Binnenmarkteffekte (Wirtschaftswachstum) auf die Länder der EG

Die im vorigen Abschnitt dargestellten Ergebnisse geben Auskunft darüber, ob die einzelnen EG-Länder an den positiven EG-Binnenmarkteffekten unterdurchschnittlich oder überdurchschnittlich partizipieren können. Über die absolute Größenordnung (z.B. in Form der Bruttowertschöpfung) selbst sagen sie nichts aus. Um die Absolutwerte der Länderverteilung zu berechnen, müssen die EG-weiten Effekte der Verwirklichung des Binnenmarktes als Rahmendaten bekannt sein. Mit der Vorgabe der EG-weiten Effekte und unter Berücksichtigung der Anteile der einzelnen EG-Länder an der jeweiligen *branchenspezifischen Bruttowertschöpfung* der EG insgesamt lassen sich dann die Absolutwerte errechnen.

Die Vorgabe dieser EG-weiten Binnenmarkteffekte basiert auf den Ergebnissen der von der EG-Kommission im Rahmen des „Cost-of-Non-Europe“-Projekts erstellten Studien. Eigene branchenspezifische Berechnungen in den EG-weiten Effekten waren deshalb nicht erforderlich und über den im „Cost-of-Non-Europe“-Projekt gewählten Detaillierungsgrad hinausgehend in dieser Untersuchung auch nicht möglich.¹⁾ Allerdings mußten die in der Studie der Kommission ausgewiesenen Absolutwerte auf die EG insgesamt hochgerechnet werden, da die Werte der Kommissionsstudie sich nur auf 7 Länder beziehen.

Diese Anteilswerte der Binnenmarkteffekte nach Branchen wurden auf die Prognose der branchenspezifischen Bruttowertschöpfung „ohne Verwirklichung des EG-Binnenmarktes“ im Jahre 2000 angewandt. Hieraus errechnen sich später die EG-weiten Brancheneckwerte, die dann die Grundlage für die länderspezifische Verteilung der Binnenmarkteffekte bilden.

¹⁾ Allerdings wurden die in der Kommissionsstudie ausgewiesenen Brancheneffekte nicht in voller Höhe übernommen. So wurden die Effekte, die sich aus dem Wegfall von monopolistischen Strukturen ergeben sollten, nicht berücksichtigt. Dies ergab sich aus der Überlegung, daß durch die Schaffung des Binnenmarktes nicht nur mehr Wettbewerb entstehen kann, sondern sich auch Konzentrationstendenzen über Unternehmenszusammenschlüsse ergeben, die die Gefahr von Teilmonopolen mit sich bringen können. Der Cecchini-Bericht kommt außerdem unter der Annahme von zusätzlichen begleitenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu erheblich höheren Binnenmarkteffekten. Diese „obere“ Variante der maximal möglichen Effekte wird in vorliegender Studie nicht zugrunde gelegt.

Tabelle 7: Bedeutung der Ländermerkmale nach Branchen (Matrix C), Gewichtsanteile in %

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	1–32	
Mineralölverarbeitung	1	4	1	2	2	2	4	3	5	8	3	4	3	1	2	1	3	5	3	3	2	2	2	3	3	3	2	12	1	4	3	5	100	
Steine und Erden	2	3	2	2	3	2	3	6	7	6	3	3	3	1	4	1	5	5	3	3	2	1	2	3	1	3	1	12	1	2	3	5	100	
Eisen und Stahl	2	3	1	1	3	2	3	5	8	5	3	3	3	3	4	1	5	3	2	3	2	2	2	3	2	3	1	12	1	6	2	5	100	
NE-Metalle	1	3	1	2	2	2	3	5	8	5	4	3	2	3	4	1	6	3	2	1	3	3	2	3	3	3	1	12	1	4	2	5	100	
Eisengießereien	2	2	2	1	2	2	3	10	13	4	4	3	2	1	3	1	4	3	2	2	2	2	2	3	1	3	1	12	1	3	2	5	100	
NE-Metallgießereien	2	2	2	1	2	2	3	10	13	5	4	3	2	1	3	1	4	3	2	2	1	2	2	3	1	3	1	12	1	3	2	5	100	
Ziehereien, Kaltwalzw.	2	2	2	1	2	2	3	8	11	3	1	3	3	1	3	1	4	3	3	3	2	3	2	3	2	3	2	12	1	4	2	5	100	
Chemie	2	4	1	2	3	2	3	4	5	5	4	4	2	5	4	1	3	3	2	3	3	2	2	3	2	3	1	12	1	6	3	5	100	
Holzbearbeitung	2	3	2	1	2	2	3	7	10	5	3	3	3	1	4	1	5	3	3	2	3	2	2	3	1	3	1	12	1	3	1	5	100	
Zellstoff, Papierzeug.	2	3	2	2	2	2	3	5	8	5	1	4	3	1	4	1	5	3	3	3	2	2	2	3	2	3	1	12	1	4	3	5	100	
Gummi	2	2	2	1	2	2	3	8	11	4	2	3	2	1	2	1	4	3	2	2	2	3	2	3	2	3	2	12	1	5	2	5	100	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	1–32	
Stahlverformung	3	4	3	4	3	2	3	7	10	4	1	3	3	3	1	1	2	2	3	2	2	2	2	3	1	3	1	12	1	3	2	5	100	
Stahlbau	3	6	3	4	3	2	3	10	12	2	1	3	3	2	2	1	2	1	3	3	2	1	2	3	1	3	1	12	1	2	1	5	100	
Maschinenbau	3	7	3	6	4	2	3	6	9	2	1	3	2	4	1	1	1	1	4	2	2	3	2	3	2	3	2	12	1	3	1	5	100	
Straßenfahrzeugbau	3	5	3	5	3	2	3	4	7	4	1	3	2	4	2	1	2	1	3	2	3	3	2	3	2	3	2	12	1	7	3	5	100	
Schiffbau	3	7	3	6	4	2	3	8	11	5	1	2	2	2	2	1	1	1	2	2	3	2	2	3	2	3	1	12	1	3	1	5	100	
Luftfahrzeugbau	3	7	3	6	4	2	3	7	10	2	1	1	1	6	1	1	1	1	2	1	3	2	2	3	3	3	2	12	1	5	1	5	100	
Elektrotechnik	3	5	3	4	3	2	3	7	10	2	1	3	2	4	1	1	1	1	4	1	2	3	2	3	3	3	2	12	1	6	2	5	100	
Feinmechanik, Optik	3	5	3	5	3	2	3	7	9	2	1	3	2	3	1	1	1	1	4	2	2	3	2	3	2	3	2	12	1	6	2	5	100	
Eisen-, Blech-, Metallw.	3	4	3	4	3	2	3	8	11	2	1	3	2	2	2	1	2	2	2	2	2	2	2	3	2	3	1	12	1	3	2	5	100	
Büromaschinen, EDV	4	7	3	6	4	2	3	4	6	6	1	2	2	4	1	1	1	1	4	1	3	3	2	3	3	3	1	12	1	4	2	5	100	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	1–32	
Musikinstrumente	2	3	2	3	2	2	4	9	13	3	1	3	2	2	2	1	2	1	2	2	2	3	2	3	2	3	2	12	1	4	2	5	100	
Feinkeramik	1	2	2	2	1	2	3	9	13	2	1	4	3	2	4	1	4	2	3	3	2	3	2	3	2	3	2	12	1	4	1	5	100	
Glas	2	2	2	2	1	2	3	6	10	7	1	3	8	3	4	1	5	2	2	2	2	3	2	3	1	3	2	12	1	6	2	5	100	
Holzverarbeitung	2	3	2	3	2	2	3	10	13	3	1	4	3	2	2	1	2	2	3	3	2	2	2	3	1	3	2	12	1	4	1	5	100	
Papierverarbeitung	2	3	2	3	2	2	3	6	10	4	3	4	3	2	2	1	3	2	2	3	2	2	2	3	2	3	1	12	1	3	2	5	100	
Druckereien	2	5	2	4	3	2	3	8	12	4	1	3	3	2	1	1	1	2	2	3	2	1	2	3	2	3	1	12	1	3	3	5	100	
Kunststoffverarbeitung	3	3	2	4	2	2	4	6	10	3	1	3	2	2	2	1	2	2	2	2	2	3	3	2	3	2	3	2	12	1	6	3	5	100
Leder	2	2	2	2	1	2	3	10	14	3	1	4	3	1	2	1	2	1	3	3	2	3	2	3	1	3	2	12	1	5	1	5	100	
Textil	2	2	2	2	1	2	3	7	11	4	1	4	2	2	3	1	4	2	2	2	2	3	2	3	2	3	2	12	1	6	2	5	100	
Bekleidung	1	2	2	2	1	2	3	12	16	2	1	3	2	1	1	2	2	2	2	2	2	3	2	3	2	3	2	12	1	4	1	5	100	
Nahrungs-, Genußmittel	2	2	2	3	2	2	3	7	10	6	3	3	3	2	2	1	3	2	3	3	2	2	2	3	3	3	1	12	1	6	1	5	100	
Durchschnitt	2	3	2	3	2	2	3	7	12	3	1	3	2	3	2	1	2	2	3	2	3	2	2	3	2	3	2	12	1	4	2	5		

Quelle: Prognos

Tabelle 8: Wettbewerbsposition der EG-Länder nach Branchen (Matrix D), (EG-Durchschnitt = 100)

Land	Mineralöl- verarbeitung	Steine und Erden	Eisen und Stahl	NE-Metalle	Eisen- gießereien	NE-Metall- gießereien	Ziehereien, Kaltwalzwerke	Chemie	Holzbearbeitung	Zellstoff, Papierherzeugung	Gummi
Belgien	101,32	101,96	100,21	102,50	102,35	102,40	102,13	100,90	103,01	101,74	100,47
Dänemark	96,98	96,57	95,85	97,07	95,31	95,26	97,65	95,77	97,50	98,03	97,49
Frankreich	103,82	105,07	103,25	104,52	103,37	103,27	103,74	105,43	103,30	104,52	101,32
BR Deutschland	107,06	106,22	105,18	105,49	103,30	103,30	105,43	107,85	103,66	107,07	103,72
Griechenland	88,79	88,40	93,26	88,30	92,71	93,09	91,18	85,73	92,49	89,24	98,19
Irland	96,30	95,26	97,03	96,47	97,18	97,18	96,18	97,54	98,21	95,04	98,50
Italien	96,92	97,86	97,00	96,52	97,81	97,71	97,52	97,40	96,82	97,60	98,31
Luxemburg	98,02	98,26	97,20	99,73	99,44	99,34	99,36	97,78	100,56	98,12	97,71
Niederlande	102,47	102,14	101,90	102,67	101,80	101,80	102,66	102,92	102,42	102,47	100,82
Portugal	92,02	91,13	99,33	93,26	96,55	96,60	94,65	92,38	96,33	92,64	106,13
Spanien	99,06	100,19	99,87	99,34	102,06	102,12	100,54	98,01	100,95	99,78	102,24
Großbritannien	106,97	106,67	108,45	107,09	106,49	106,29	107,12	108,68	106,06	107,42	107,20
EG	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

Land	Stahl- verformung	Stahlbau	Maschinenbau	Straßen- fahrzeugbau	Schiffbau	Luftfahrzeugbau	Elektrotechnik	Feinmechanik, Optik	Eisen-, Blech-, Metallwaren	Büromaschinen, EDV
Belgien	99,68	100,08	100,84	101,15	103,29	100,92	98,95	100,09	101,68	100,23
Dänemark	97,86	99,24	99,24	97,18	101,75	98,87	97,15	98,21	97,92	96,32
Frankreich	102,70	101,59	102,13	102,22	99,85	104,47	102,73	102,97	102,44	103,80
BR Deutschland	107,19	105,90	108,28	110,97	107,19	108,89	107,31	107,38	106,24	109,43
Griechenland	93,36	96,65	89,07	87,66	96,15	86,48	90,72	87,67	95,44	88,59
Irland	98,14	100,15	101,45	95,54	103,36	101,97	99,11	100,08	99,08	100,07
Italien	98,77	98,58	97,29	96,24	94,56	96,66	97,72	98,56	98,98	97,39
Luxemburg	96,42	97,30	98,46	97,53	99,97	99,21	95,14	97,59	97,33	98,28
Niederlande	102,29	102,62	103,95	101,62	105,33	103,87	103,13	102,40	100,94	103,16
Portugal	100,82	105,09	98,03	94,09	102,56	97,95	99,27	98,65	102,82	92,73
Spanien	97,98	98,05	95,75	94,72	96,07	93,00	97,59	97,20	99,46	96,87
Großbritannien	106,87	105,37	105,59	107,96	106,79	104,81	107,08	106,76	106,26	106,54
EG	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

Land	Musik- instrumente	Fein- keramik	Glas	Holzver- arbeitung	Papierver- arbeitung	Druckereien	Kunststoff- verarbeitung	Leder	Textil	Bekleidung	Nahrungs- Genußmittel
Belgien	102,04	103,21	102,72	100,47	101,07	99,20	100,49	98,65	100,59	97,87	101,55
Dänemark	97,27	99,10	98,68	99,67	96,59	97,66	98,24	99,65	99,44	99,82	98,38
Frankreich	102,92	103,13	103,48	101,61	102,53	102,29	102,71	101,84	102,53	100,91	102,88
BR Deutschland	106,10	105,04	106,30	105,47	104,98	106,52	106,48	103,21	105,08	102,49	103,05
Griechenland	91,18	92,17	89,90	99,27	93,74	92,51	92,23	98,12	95,98	99,72	94,47
Irland	97,66	97,48	96,74	98,80	97,32	98,79	98,22	99,88	97,35	96,54	92,71
Italien	97,24	96,54	96,52	99,50	98,49	98,69	99,29	99,30	99,92	100,43	97,48
Luxemburg	99,52	100,98	100,04	95,81	97,51	94,17	97,04	97,90	98,08	91,43	98,59
Niederlande	103,42	103,64	103,46	102,15	101,91	100,78	100,99	100,28	102,75	99,53	102,73
Portugal	94,96	96,02	94,67	108,20	102,42	102,95	100,79	110,50	104,49	114,03	104,02
Spanien	99,60	99,75	99,00	97,61	101,23	97,56	99,49	101,52	100,13	101,00	99,90
Großbritannien	106,92	106,73	107,22	107,40	106,41	107,99	107,65	107,50	106,73	105,45	107,76
EG	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

Quelle: Prognos

In der Tabelle 9 sind die EG-weiten Binnenmarkterrekte, wie sie sich aus der Übertragung auf das Jahr 2000 ergeben, sowohl als Absolutwert als auch als Prozentanteile an der Bruttowertschöpfung ausgewiesen.²⁾ Es ergibt sich ein EG-Binnenmarkt-Effekt von 4,2% der Bruttowertschöpfung für den Zeitraum 1988-2000. Dies würde eine Erhöhung

der durchschnittlichen Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts der Gemeinschaft von gegenüber der Entwicklung ohne Verwirklichung des EG-Binnenmarktes um jährlich immerhin 0,3% bis 0,4% bedeuten.

Mit der Übertragung der vollständigen prozentualen Binnenmarkteffekte auf das Jahr 2000 wird implizit unterstellt, daß sich die Binnenmarkteffekte auf einen größeren Zeitraum, in unserem Fall auf den Zeitraum 1988/2000 vertei-

²⁾ Hierfür mußte die in der Studie der EG-Kommission verwendete Klassifikation auf die hier benötigte OECD-Klassifikation übertragen werden.

Tabelle 9: Binnenmarkteffekte und ihr Anteil an der branchenspezifischen Bruttowertschöpfung, 2000 zu konstanten Preisen, EG insgesamt, in Mrd. US \$

	BWS	EG-Effekte	Anteil am BWS in %
1.0 Landwirtschaft	164,6	3,9	2,4
2.0 Bergbau	55,9	2,0	3,6
3.0 Verarbeitendes Gewerbe	1 154,3	102,5	8,9
4.0 Baugewerbe	277,3	11,4	4,1
5.0 Energie, Wasser	119,8	4,2	3,5
6.0 Verkehr, Nachrichten	342,8	12,1	3,5
7.0 Handel	596,4	11,0	1,8
8.0 Gaststätten usw.	71,6	2,9	4,1
9.0 Banken, Versicherungen	727,5	28,0	3,8
10.0 Wohnungswesen, Vermietungen	120,1	2,0	1,7
11.0 Staat	551,8	11,0	2,0
12.0 Sonstige Dienstleistungen	437,2	7,4	1,7
13.0 Sonstiges ¹⁾	140,6	–	–
14.0 Alle Wirtschaftsbereiche	4 763,8	198,4	4,2
3.1 Metallherzeugung	55,1	5,1	9,3
3.2 Metallverarbeitung	471,1	45,5	9,7
3.21 Kfz-, Schiff-, Luftfahrzeugbau	110,9	13,9	12,5
3.22 Elektrotechnik	133,7	12,7	9,5
3.23 Maschinenbau, EDV	146,4	13,9	9,5
3.24 Sonstige Metallverarbeitung	77,8	5,0	6,4
3.3 Nahrungs-, Genußmittel	136,0	10,3	7,6
3.4 Textil, Bekleidung, Leder	67,8	4,2	6,2
3.5 Chemie, Öl, Gummi, Kunststoff	192,7	22,0	11,4
3.6 Steine, Erden, Glas, Feinkeramik	49,2	2,9	5,9
3.7 Holz	41,3	1,8	4,4
3.8 Papier, Druckerei	77,4	5,1	6,6
3.9 Sonstige Verarbeitende Industrie	41,1	3,7	9,0
3.0 Verarbeitendes Gewerbe	1 145,4	101,7	8,9

¹⁾ Indirekte Steuern, Importabgaben, statistische Differenzen abzüglich unterstellte Bankdienstleistungen

Quelle: Prognos

len. Hierfür sprechen folgende Gründe: Die Vollendung des Binnenmarktes wird sich nicht sprunghaft vollziehen. Verzögerungen, Übergangsregelungen usw. führen notwendigerweise zu einer zeitlichen Verteilung der Wirkungen. Vieles spricht auch dafür, daß die Unternehmen bereits jetzt auf die geplante Schaffung des Binnenmarktes reagiert haben und z.B. Investitionen vorgezogen haben.

Um die Verteilung der Absolutwerte der EG-Binnenmarkteffekte auf die 12 EG-Länder zu errechnen, braucht man die Ergebnisse der Tabelle 9 (Binnenmarkteffekt und dessen Anteil an der Bruttowertschöpfung 2000 nach Branchen), sowie die Tabelle 8 (Indexwerte zur relativen Position der EG-Länder nach Branchen = Matrix D) und die Anteile der einzelnen EG-Länder an der Bruttowertschöpfung der Gemeinschaft für alle betrachteten Branchen.

Die Ergebnisse für die 12 EG-Länder sind in der Tabelle 10 (Matrix E) wiedergegeben, wobei die EG-Binnenmarkteffekte nach EG-Land und Branche als Anteilswerte an der

³⁾ Dabei wird von den „Normalannahmen“ ausgegangen, d. h. es werden nicht die maximal möglichen Effekte unterstellt, wie sie sich z.B. bei zusätzlichen begleitenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergeben könnten.

jeweiligen Bruttowertschöpfung dargestellt sind. Dadurch sind relative Vergleiche nach Ländern und Branchen möglich. Zu beachten ist, daß in der Tabelle 10 neben den Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes auch die Länderverteilung der EG-Effekte für die übrigen Wirtschaftszweige (meist Dienstleistungen) wiedergegeben ist. Die Länderverteilung für diese Wirtschaftsbereiche basiert auf einer Reihe von Annahmen: Zuerst wird unterstellt, daß deren Verteilung im jeweiligen EG-Land in engem Zusammenhang steht mit der Verteilung der EG-Effekte für die Industrie (länderspezifische Folgebereichshypothese). Im folgenden wird diese Verteilung je nach branchenspezifischer Betroffenheit durch Schaffung des EG-Binnenmarktes korrigiert.

Die Ergebnistabelle 10 zeigt, daß beim Verarbeitenden Gewerbe die Bundesrepublik Deutschland die größten EG-Effekte 1988/2000 erwarten kann. Die Werte für Großbritannien und Frankreich liegen etwas tiefer, gefolgt von der Gruppe der Benelux-Länder und Irland. Interessant ist, daß einige Länder, die z.B. für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt nur unterdurchschnittliche Effekte erzielen (z.B. Belgien und Irland), gesamtwirtschaftlich dagegen (leicht) überproportional abschneiden. Umgekehrtes gilt z. B. für Frankreich: überproportionale Anteile im Verarbeitenden Gewerbe, aber dennoch nur unterdurchschnittliche Effekte für die Gesamtwirtschaft.

Der Grund hierfür liegt in den Unterschieden der Wirtschaftsstruktur dieser Länder in Verbindung mit den verschiedenen hohen EG-Effekten der einzelnen Branchen. So beträgt z. B. der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes (mit wesentlich höherem EG-Effekt als bei den anderen Wirtschaftsbereichen) in Frankreich nur rund 19%, in Irland dagegen etwa das Doppelte und in Belgien immerhin noch 26%. Frankreich profitiert deshalb gesamtwirtschaftlich gesehen strukturell bedingt nur unterproportional am EG-Binnenmarkt.

3.2.2.3 Die länderspezifischen Beschäftigungseffekte

Die Beschäftigungswirkungen, die sich aus der Vollendung des EG-Binnenmarktes, d. h. aus der länderspezifischen Verteilung der EG-Effekte für die Bruttowertschöpfung ergeben, sind äußerst schwierig und nur mit großen Vorbehalten zu schätzen. Das liegt daran, daß die Vollendung des Binnenmarktes im wesentlichen effizienz- und produktivitätssteigernde Wirkungen auslöst, die ceteris paribus - bei konstantem Output - Freisetzung bei den Arbeitskräften mit sich bringen. Gleichzeitig sinken durch die Produktivitätsgewinne die Stückkosten und damit die Preise; dadurch steigt die Kaufkraft, die internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit auch wiederum der Output. Für die Höhe der Beschäftigungswirkung kommt es also darauf an abzuschätzen, wie der Nettoeffekt zwischen Outputsteigerung (aufgrund gestiegener Nachfrage) und Produktivitätserhöhung (wegen des erhöhten Wettbewerbs und gesunkener Kosten) ausfällt.

Zu diesem Zweck wird aus der Untersuchung zu den „Cost of Non-Europe“ eine beschäftigungswirksame Komponente³⁾ in Form der Bruttowertschöpfung herausgerechnet und ihr Anteil an den Branchen ermittelt. Dieser Branchenanteil wird auf die Beschäftigtenanteile angelegt, wobei unterstellt wird, daß sich die branchenspezifischen Anteile nicht zwischen den einzelnen Ländern unterscheiden.

Tabelle 10: Binnenmarkteffekte nach Branchen und Ländern in % der Bruttowertschöpfung, 1988–2000 (Matrix E)

	Belgien	Dänemark	Frankreich	BR Deutschland	Griechenland	Irland	Italien	Luxemburg	Niederlande	Portugal	Spanien	Großbritannien	EG
1.0 Landwirtschaft	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,3	2,3	2,6	2,4	2,3	2,4	2,4	2,4
2.0 Bergbau	3,5	3,4	3,6	3,6	3,4							3,6	3,6
3.0 Verarbeitendes Gewerbe	8,6	7,6	9,0	9,6	6,8	8,2	7,9	8,3	8,7	7,1	8,1	9,2	8,9
4.0 Baugewerbe	4,0	3,6	4,2	4,5	3,2		3,7	3,8	4,0	3,2	3,7	4,3	4,1
5.0 Energie, Wasser	3,4	3,1	3,7	3,8	2,6		3,1	3,3	3,4	2,8	3,2	3,6	3,5
6.0 Verkehr, Nachrichten	3,4	3,0	3,6	3,7	2,7		3,2	3,6	3,5	2,9	3,3	3,7	3,5
7.0 Handel	1,8	1,6	1,9	2,0	1,4	1,6	1,7	1,7	1,8	1,5	1,7	1,9	1,8
8.0 Gaststätten usw.		4,2	4,0	4,1			4,0	4,1		4,3	4,0		4,0
9.0 Banken, Versicherungen	4,2	3,6	3,3	5,8	3,0	3,9	2,7	3,8	4,3	2,7	3,6	5,0	3,8
10.0 Wohnungswesen, Vermietungen		1,6		1,7						1,3		1,8	1,7
11.0 Staat	1,9	1,7	2,0	2,2	1,5	1,9	1,8	1,8	1,9	1,5	1,8	2,1	2,0
12.0 Sonstige Dienstleistungen	1,5	1,3	1,7	1,8	1,3	1,5	1,4	1,3	1,6	1,2	1,5	1,7	1,7
14.0 Alle Wirtschaftsbereiche	4,4	2,9	3,9	4,7	2,7	4,3	4,0	4,3	3,8	3,7	4,0	4,3	4,2
3.1 Metallherzeugung	9,2	8,8	9,4	9,5	7,6		8,8	8,9		8,7	9,0	9,8	9,3
3.2 Metallverarbeitung	9,3	8,3	9,8	10,1	7,0	9,3	8,8	7,3	9,0	7,9	9,0	10,0	9,7
3.21 Kfz-, Schiff-, Luftfahrzeugbau	12,3	11,1	12,3	13,3	10,1	10,3	11,4	11,9	12,3		11,3	12,9	12,5
3.22 Elektrotechnik	9,0	8,4	9,3	9,8	7,1	9,7	8,8	8,9	9,4		8,8	9,8	9,5
3.23 Maschinenbau, EDV	9,2	8,6	9,3	9,9	8,6	9,2	8,7	8,7	9,5		8,6	9,6	9,5
3.24 Sonstige Metallverarbeitung	6,3	6,1	6,4	6,6	5,6		6,1	5,5	6,3		6,1	6,6	6,4
3.3 Nahrungs-, Genußmittel	7,5	7,3	7,6	7,7	6,9	6,7	7,2	9,5	7,7	7,7	7,4	8,1	7,6
3.4 Textil, Bekleidung, Leder	6,0	6,0	6,2	6,3	6,0	6,1	6,1	6,1	6,2	6,6	6,1	6,5	6,2
3.5 Chemie, Öl, Gummi, Kunststoff	11,0	10,4	11,5	11,8	8,8	10,5	10,6	9,4	11,2	9,6	10,7	11,9	11,4
3.6 Steine, Erden, Glas, Feinkeramik	5,9	5,6	6,0	6,1	5,2		5,6	6,0	6,0	5,5	5,7	6,2	5,9
3.7 Holz	4,3	4,2	4,4	4,5			4,2			4,5	4,3	4,6	4,4
3.8 Papier, Druck	6,4	6,2	6,6	6,7	6,1		6,3	6,4	6,5	6,6	6,4	6,9	6,6
3.9 Sonstige Verarbeitende Industrie	8,7	8,4	8,9	9,1	7,1	6,5	8,3	8,7		7,7	8,6	9,2	9,0
3.0 Verarbeitendes Gewerbe	8,6	7,6	9,0	9,6	6,8	8,2	7,9	8,3	8,7	7,1	8,1	9,2	8,9

Quelle: Prognos

Multipliziert man nun die Anteilswerte der relativen Beschäftigungseffekte mit den Beschäftigtenzahlen, die für die Länder und Branchen im Jahr 2000 für das Szenario *ohne* EG-Binnenmarkt vorgegeben sind, dann errechnen sich die Absolutwerte der Beschäftigungswirkungen nach Branchen und Ländern (Tabelle 11).

Insgesamt beläuft sich der Beschäftigungseffekt auf der Basis dieser Annahmen auf rd. 2,2 Mio. Erwerbstätige. Bezogen auf den Basiswert von 137 Mio. im Szenario ohne EG-Binnenmarkt entspricht dies einem Anteil von 1,6%. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes liegt bei etwa 20% und ist damit wesentlich niedriger als nach seiner Bedeutung an den Binnenmarkteffekten der Bruttowertschöpfung (rund 50%) hätte erwartet werden können. Dies erklärt die deutlich überproportionalen Produktivitätseffekte in der Industrie. Die Verteilung innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes entspricht im großen und ganzen derjenigen für die Bruttowertschöpfung.

Im Ländervergleich ergeben sich einige Verschiebungen. Gemessen an ihren jeweiligen Anteilen an den Binnenmarkteffekten, die für die Bruttowertschöpfung ausgewiesen sind, scheiden die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich relativ ungünstiger ab als beispielsweise Italien und Großbritannien. Hier spielen verschiedene Struktureffekte (unterschiedliche Beschäftigtenanteile nach Wirtschaftszweigen, unterschiedliche Beschäftigungswirkungen nach Branche) eine Rolle (vgl. hierzu im einzelnen die Tabelle 11).

3.2.2.4 *Insgesamtentwicklung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung mit Verwirklichung des EG-Binnenmarktes*

Führt man nun die EG-Binnenmarkteffekte mit den Ergebnissen der Vorausschätzung *ohne* Verwirklichung des Binnenmarktes zusammen, dann erhält man die Gesamtentwicklung, d. h. mit Einschluß der Verwirklichung des Binnenmarktes. Die Tabelle 12 gibt einen Überblick zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes. Man erkennt eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in der EG auf 2,6% p. a. im Vergleich zum Vergangenheitszeitraum 1978/1988 von 2,1%. Rechnet man die überdurchschnittliche Wachstumsrate des Jahres 1988 aus der Vergangenheitsentwicklung heraus, was dann nur noch eine durchschnittliche Zuwachsrate von 1,9% bedeutet (vgl. Tabelle 12), dann erkennt man mit 0,7 Prozentpunkten sehr deutlich die Beschleunigung der Entwicklung.

Gegenüber dem obigen Szenario *ohne* Verwirklichung des EG-Binnenmarktes liegt bei Berücksichtigung der Binnenmarkteffekte die Wachstumsrate bis 2000 im Durchschnitt um zusätzlich rd. 0,3 Prozentpunkte p. a. höher. Die Betrachtung der länderspezifischen Wachstumsraten zeigt aber auch, daß die Verwirklichung des Binnenmarktes allein nicht entscheidend zur Verbesserung des wirtschaftlichen Gefälles zwischen den weniger entwickelten Ländern im Mittelmeerraum und den industriell hochentwickelten Ländern führen wird.

Tabelle 11: Beschäftigungseffekte des EG-Binnenmarktes, in 100 Personen

	Belgien	Dänemark	Frankreich	BR Deutschland	Griechenland	Irland	Italien	Luxemburg	Niederlande	Portugal	Spanien	Großbritannien	EG
1.0 Landwirtschaft	4	7	56	41	48	7	93	0	13	39	66	24	398
2.0 Bergbau	3	1	22	34	6	1		1				25	92
3.0 Verarbeitendes Gewerbe	111	73	604	1 328	93	26	592	5	133	157	381	776	4 281
4.0 Baugewerbe	44	41	391	466	50	16	384	3	84	80	228	441	2 228
5.0 Energie, Wasser	7	4	38	54	8	3	39	0	10	6	17	50	235
6.0 Verkehr, Nachrichten	72	47	408	439	52	15	423	4	111	36	259	443	2 310
7.0 Handel	95	31	414	470	77	22	594	3	96	42	262	768	2 874
8.0 Gaststätten usw.		14	185	233			256	4	29	42	210		973
9.0 Banken, Versicherungen	190	55	653	230	33	20	573	3	103	26	83	1 028	2 997
10.0 Wohnungswesen, Vermietungen													
11.0 Staat	114	104	911	707		11	514	3	107	75	273	832	3 652
12.0 Sonstige Dienstleistungen	12	22		984	95	36	102	4	147	41	231	539	2 216
14.0 Alle Wirtschaftsbereiche	653	399	3 682	4 985	463	158	3 571	30	833	545	2 012	4 926	22 255
3.1 Metallerzeugung	8	1	31	97	1	0	23	2	5	3	18	31	218
3.2 Metallverarbeitung	30	26	239	647	16	10	200	1	43	20	99	287	1 620
3.21 Kfz-, Schiff-, Luftfahrzeugbau	12	3	79	186		1	47	0	8			79	416
3.22 Elektrotechnik	7	3	51	155		3	43	0	13			63	338
3.23 Maschinenbau, EDV	5	11	63	217		5	54	0	12			111	479
3.24 Sonstige Metallverarbeitung	6	10	46	89		0	55	0	11			34	251
3.3 Nahrungs-, Genußmittel	15	14	104	142	13	6	59	1	26	23	59	80	543
3.4 Textil, Bekleidung, Leder	6	3	27	40	14	2	84	0	3	31	29	32	270
3.5 Chemie, Öl, Gummi, Kunststoff	24	12	96	255	9	5	84	1	30	14	51	136	717
3.6 Steine, Erden, Glas, Feinkeramik	3	2	15	28	2	1	32	0	3	6	14	22	127
3.7 Holz	5	7	32	60	6	2	63		6	12	29	47	268
3.8 Papier, Druck	4	5	31	32	2	1	19	0	10	4	13	45	167
3.9 Sonstige Verarbeitende Industrie	3	4	34	31	2	1	29	0	5	42	13	38	201
3.0 Verarbeitendes Gewerbe	103	73	604	1 328	64	26	592	5	130	157	325	732	4 139

Quelle: Prognos

Anmerkung: Es handelt sich um die Beschäftigungseffekte, die sich aus der Verwirklichung des Binnenmarktes ergeben. Es sind also zusätzliche Effekte zu der vom EG-Binnenmarkt abstrahierten Entwicklung.

Tabelle 12: Bruttoinlandsprodukt 1978–2000 (mit EG-Binnenmarkt) zu Preisen von 1980, jährliche Wachstumsraten

Land	1978/ 1987	1978/ 1988	1979/ 1980	1980/ 1981	1981/ 1982	1982/ 1983	1983/ 1984	1984/ 1985	1985/ 1986	1986/ 1987	1987/ 1988	1988/ 1995	1995/ 2000
Belgien	1,5	1,8	4,1	-1,4	1,5	0,2	2,2	0,9	2,1	2,1	4,1	2,2	2,2
Dänemark	2,1	1,8	-0,4	-0,9	3,0	2,5	4,4	4,3	3,1	-0,7	-0,4	1,8	2,1
Frankreich	1,8	2,0	1,6	1,2	2,5	0,7	1,3	1,7	2,1	2,2	3,4	2,5	2,5
BR Deutschland	1,7	1,9	1,4	0,2	-0,6	1,5	2,8	2,0	2,3	1,9	3,5	2,5	2,5
Griechenland	1,1	1,4	2,0	-0,7	-0,9	0,4	3,1	2,0	1,3	-0,9	4,0	2,8	2,9
Irland	2,3	2,5	3,1	3,3	2,3	-0,2	4,2	1,6	-0,4	4,1	4,0	2,7	2,7
Italien	2,6	2,8	4,2	1,0	0,3	1,1	3,0	2,6	2,5	3,0	3,9	2,7	2,6
Luxemburg	2,8	3,0	1,2	-0,2	1,5	2,9	6,2	3,7	4,7	2,5	5,2	2,7	2,7
Niederlande	1,3	1,5	0,9	-0,7	-1,4	1,4	3,2	2,6	2,1	1,3	3,0	2,3	2,2
Portugal	2,7	2,8	4,7	1,3	2,2	-0,0	-1,4	2,8	4,1	4,7	4,0	3,7	3,7
Spanien	1,9	2,2	1,2	-0,2	1,2	1,8	1,8	2,3	3,3	5,5	5,0	3,6	3,6
Großbritannien	1,9	2,0	-2,3	-1,3	1,7	3,6	2,1	3,5	3,2	4,3	2,6	2,4	2,5
EG	1,9	2,1	1,2	0,1	0,9	1,6	2,3	2,3	2,5	2,7	3,4	2,6	2,6

Quelle: Prognos

Von der wirtschaftlichen Entwicklung wird die Entwicklung der Beschäftigung abgeleitet. Das Szenario für die Beschäftigtenentwicklung bis 2000 in der EG und den einzelnen Mitgliedsländern ist in der Tabelle 13 zusammengestellt. In der EG insgesamt wird gegenüber 1988 mit einer Zunahme von immerhin fast 10 Mio. Erwerbstätigen gerechnet. Da die Zahl der Erwerbspersonen bis 2000 nur um rund 7 Mio. Menschen ansteigen wird, verbessert sich auch die EG-Arbeitsmarktsituation.

Die relativ stärkste Zunahme der Beschäftigung ist in Griechenland, Spanien und Portugal zu verzeichnen. Griechenland und Portugal sind nach diesem Szenario auch die beiden einzigen EG-Länder, in denen die Beschäftigung auch in der Industrie noch weiter zunimmt. In den anderen EG-Ländern sinkt die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe, dies obwohl hier die höchsten Binnenmarkteffekte zu verzeichnen sind. Allerdings steigen im Verarbeitenden Gewerbe die Arbeitsproduktivitäten deutlich an.

Tabelle 13: Erwerbstätige 1978–2000 (mit EG-Binnenmarkt), Grundzahlen in Personen (Tausend)

Land	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1995	2000
Belgien	3 753	3 799	3 797	3 722	3 672	3 634	3 635	3 662	3 698	3 712	3 759	3 844	3 922
Dänemark	2 424	2 453	2 442	2 410	2 421	2 428	2 470	2 532	2 593	2 614	2 607	2 688	2 769
Frankreich	21 818	21 836	21 847	21 716	21 752	21 668	21 467	21 394	21 434	21 445	21 582	22 256	22 756
BR Deutschland	26 113	26 444	26 866	26 868	26 673	26 376	26 482	26 597	26 851	27 036	27 196	27 859	28 433
Griechenland	3 276	3 312	3 356	3 529	3 491	3 509	3 500	3 589	3 602	3 599	3 649	3 892	4 085
Irland	1 095	1 129	1 141	1 131	1 133	1 110	1 090	1 059	1 068	1 074	1 080	1 104	1 128
Italien	21 315	21 641	22 062	22 060	22 182	22 325	22 413	22 613	22 786	22 924	23 200	24 310	25 194
Luxemburg	156	157	158	159	158	158	159	161	165	167	172	179	184
Niederlande	4 713	4 773	4 807	4 736	4 619	4 531	4 528	4 598	4 686	4 741	4 788	4 962	5 090
Portugal	3 797	3 879	3 865	3 901	3 830	3 787	3 729	3 729	3 628	3 728	3 838	4 064	4 255
Spanien	12 239	12 038	11 683	11 378	11 272	11 220	10 952	10 808	11 052	11 648	12 054	12 906	13 590
Großbritannien	25 015	25 393	25 327	24 345	23 908	23 610	24 060	24 446	24 544	24 910	25 741	26 946	27 994
EG	125 715	126 854	127 352	125 955	125 111	124 354	124 484	125 188	126 108	127 598	129 666	135 010	139 400

Werte für 1988 sind vorläufig

Quelle: Prognos

Im folgenden sei noch kurz auf die Entwicklung einzelner Industriezweige hingewiesen, bei denen die Binnenmarkteffekte vergleichsweise hoch eingeschätzt werden. Bemerkenswert ist, daß das künftige Wachstum der Bruttowertschöpfung in allen Industriebereichen zum Teil deutlich über dem Vergangenheitszeitraum liegt. Dies gilt vor allem auch für so wichtige Branchen wie der Elektrotechnik, dem Maschinenbau oder dem Kraftfahrzeugbau, die sich in den 80er Jahren einem bereits hohen bzw. zunehmenden Wettbewerbsdruck aus Drittländern gegenübersehen. Gerade der Fahrzeugbau, für den auf lange Sicht gesehen mit nur noch langsam wachsender Binnennachfrage gerechnet werden kann, profitiert von der steigenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die sich im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Binnenmarktes mittelfristig einstellen dürfte.

3.2.2.5 Entwicklung der Arbeitsmarktbilanz

In einem weiteren Arbeitsschritt werden die bisher getrennt durchgeführten Projektionen der Arbeitskräfte-nachfrage und des Arbeitskräfteangebots zusammengeführt und in Form einer sogenannten Arbeitsmarktbilanz saldiert. Dabei besteht das Problem, daß für die Komponenten der Arbeitsmarktbilanz keine konsistente Statistik existiert. Basis der Nachfrageseite sind z. B. die Beschäftigtenzahlen der nationalen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Basis der Angebotsseite sind die amtlichen Fortschreibungen der Bevölkerung und der davon abhängigen Erwerbspersonen. Stellt man die so ermittelte Angebots- und Nachfrageseite gegenüber, ergeben sich teilweise erhebliche Unterschiede zu den amtlichen Arbeitslosenzahlen.⁴⁾

Damit sich aus diesen unterschiedlichen und zum Teil ungeklärten Differenzen keine Verzerrungen bei der Fortschreibung der Arbeitsmarktbilanzen ergeben, wurden die länderspezifischen Korrekturbeträge für den Prognosezeitraum konstant gehalten. Nur so kann die Veränderung der Arbeitslosenquoten konsistent im Ländervergleich dargestellt werden.⁵⁾

Aus der Zusammenführung der Prognosen für die Erwerbspersonen (Arbeitskräfteangebot) und die Beschäftigten (Arbeitskräftenachfrage) errechnet sich also unter Berücksichtigung der länderspezifischen Korrekturbeträge die Zahl der Arbeitslosen.⁶⁾

In der Tabelle 14 ist die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen für die EG insgesamt und in den einzelnen Mitgliedsländern dargestellt. Die Ergebnisse sind, wie bereits erwähnt, unter dem Vorbehalt zu bewerten, daß keine zusätzlichen Reaktionen in Form von Abbau oder Aufbau der Stille-Reserve-Potentiale berücksichtigt werden oder das Erwerbsverhalten sich im Zuge einer Verbesserung oder Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation verändert.⁷⁾ Damit wird also unterstellt, daß einer zusätzlichen Arbeitsplatzschaffung ein gleich großer Rückgang der Arbeitslosen gegenübersteht.

Für das Szenario ohne EG-Binnenmarkt würde unter den gemachten Voraussetzungen die Zahl der Arbeitslosen von 16,3 Mio. 1987 auf 13,8 Mio. im Jahre 2000 (um rund 2,5 Mio.) zurückgehen. Mit Berücksichtigung der Binnenmarkteffekte ergibt sich eine zusätzliche Verbesserung der

⁴⁾ Im wesentlichen spielen dabei folgende Faktoren eine Rolle: Unterschiedliche Definitionen und Erfassungskonzepte zwischen Angebots- und Nachfrageseite des Arbeitsmarktes und die unter die „Stille Reserve“ fallende Zahl von Personen, die eine Beschäftigung suchen, aber nicht bei den Arbeitsämtern registriert sind.

⁵⁾ Das bedeutet, daß hier im Unterschied zur Vorgehensweise, wie sie z. B. von Prognos bei der Quantifizierung der Arbeitsmarktbilanzen für die Bundesrepublik Deutschland angewandt wird, bei einer Verbesserung oder Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation keine Stille-Reserve-Potentiale aufgelöst oder aufgebaut werden. Im konkreten Fall der Bundesrepublik Deutschland führt dies dazu, daß in dieser Untersuchung ein stärkerer Rückgang der Arbeitslosenzahl und Arbeitslosenquoten bis 2000 ausgewiesen wird, als er sich mit Berücksichtigung der Stille-Reserve-Potentiale ergeben hätte.

⁶⁾ Genaugenommen wird auch noch den arbeitsmarktinduzierten Wanderungen Rechnung getragen und diese werden in die Prognose eingebaut. Die vorgenommene Fortschreibung der Erwerbspersonen enthält nur die autonomen Wanderungen, d. h. die Wanderungen, die unabhängig von der Veränderung der Arbeitsmarktsituation zustande kommen. Deshalb wurde versucht zu klären, ob zwischen den langfristigen Veränderungen der Wanderungssalden und den langfristigen Veränderungen der relativen Arbeitslosenquoten ein signifikanter Zusammenhang besteht, d. h. ob z. B. eine längerfristig anhaltende Verschlechterung der relativen Arbeitslosenquoten mit einer Erhöhung der Abwanderung von Erwerbspersonen bzw. einer Verminderung der (ansonsten „autonomen“) Zuwanderung verbunden ist. Ergebnis dieses Schätzprozesses ist, daß – ohne Ausschaltung von Ausreißern – rund 10% der Wanderungssalden im Durchschnitt der EG-Länder arbeitsmarktinduziert sind, mit anderen Worten: Verschlechtert sich die länderspezifische Arbeitslosenquote gegenüber dem Durchschnittswert der EG um 1%-Punkt, dann führt dies im Durchschnitt zu einer negativen Veränderung der ansonsten autonomen Wanderungsquote von 0,1%-Punkten. Die Berücksichtigung dieser Rückkoppelungswanderungen modifiziert also die länderspezifischen Arbeitslosenquoten nur wenig, von einer Nivellierung – selbst langfristig gesehen – der Arbeitslosenquoten durch Wanderungen kann jedenfalls keine Rede sein.

⁷⁾ Außerdem wird unterstellt, daß die nationalen Meßkonzepte für den Ausweis der Arbeitslosen, die 1987 galten, unverändert bleiben.

Tabelle 14: Maximale Entlastungseffekte auf dem Arbeitsmarkt der Gemeinschaft¹⁾, 1987 bis 2000, in 1000

Land	Zahl der Arbeitslosen ohne EG-Binnenmarkt			Zahl der Arbeitslosen mit EG-Binnenmarkt		Rückgang durch EG '92 (2000) in %
	1987	1995	2000	1995	2000	
Belgien	501	530	500	495	435	13,0
Dänemark	216	226	149	204	109	26,9
Frankreich	2 622	3 254	3 448	3 042	3 078	10,7
BR Deutschland	2 233	2 289	1 492	2 005	997	33,2
Griechenland	300	224	123	198	76	37,9
Irland	247	328	361	318	345	4,5
Italien	3 317	3 293	2 705	3 094	2 348	13,2
Luxemburg	2,7	1,7	1,7	1,7	1,7	-
Niederlande	686	853	819	804	735	10,2
Portugal	319	331	272	299	218	20,1
Spanien	2 924	3 078	3 017	2 962	2 814	6,7
Großbritannien	2 953	1 557	879	1 285	392	55,4
EG	16 320	15 965	13 768	14 710	11 549	16,1

¹⁾ Unter der Annahme unveränderter Stille-Reserve-Potentiale, unter Berücksichtigung von Rückkopplungswanderungen

Quelle: Eurostat; Prognos

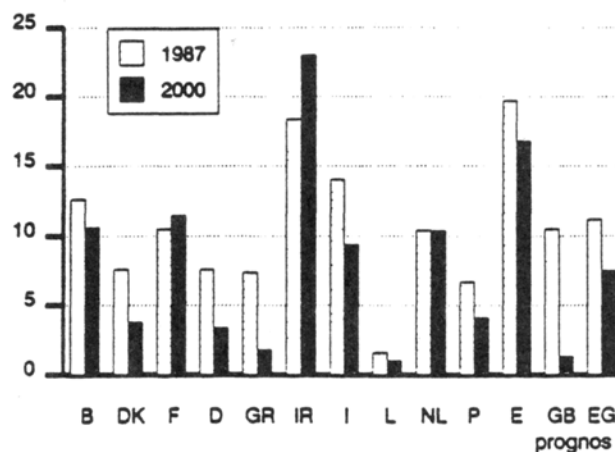
EG-weiten Arbeitsmarktsituation um nochmals 2,3 Mio. auf „nur“ noch 11,5 Mio. Arbeitslose. Vom Gesamtrückgang der Arbeitslosenzahl um 4,8 Mio. Arbeitslose entfällt also fast die Hälfte auf den Binnenmarkteffekt. Da die Korrekturbeträge unverändert bleiben, entspricht die Differenz zwischen den Arbeitslosenzahlen mit EG-Binnenmarkt bzw. ohne EG-Binnenmarkt genau den Beschäftigungseffekten, wie sie in der Tabelle 11 ausgewiesen sind. Die Arbeitslosenquote sinkt von 11,2% (1987) auf immerhin 7,6% im Jahr 2000 (Abbildung 1).

Zwei Faktoren sind für diese Verbesserung der Arbeitsmarktverhältnisse verantwortlich: Zum einen die sich deutlich verlangsamende Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bzw. der Erwerbspersonen (vor allem nach 1995), zum anderen die beachtliche Zunahme der Beschäftigung in der EG insgesamt, welche den Anstieg der Erwerbspersonen deutlich überkompensiert: Während die Zahl der Erwerbspersonen nur um 7 Mio. zunimmt, steigt die Zahl der Beschäftigten um 10 Mio.

In den einzelnen Mitgliedsländern gibt es teilweise recht deutliche Divergenzen. Da es sich bei der Arbeitslosenzahl um einen Saldo handelt, reagiert sie sehr sensibel auf Änderungen der einzelnen Komponenten. Insofern mag die in der Tabelle 14 dargestellte Arbeitsmarktentwicklung den tatsächlichen Verlauf in einigen Ländern überzeichnen, zumal mögliche Reaktionsformen (Stille Reserve, Erwerbsquotenveränderung) als Kompensationsmechanismen unberücksichtigt bleiben. Die Richtung der Veränderung gibt sie u. E. jedoch richtig wieder.

Aus der Tabelle 14 ist ersichtlich, daß in der Mehrzahl der Länder die Zahl der Arbeitslosen künftig sinkt, am stärksten in Großbritannien. Immerhin steigt sie aber noch in drei EG-Ländern (Frankreich, Irland, Niederlande). Für die Niederlande und Frankreich fällt dieser Zuwachs relativ gering aus, in Irland nimmt die Zahl dagegen beträchtlich zu. Gemeinsam ist diesen drei Ländern eine insgesamt ungünstigere Arbeitsmarktconstellation sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite: So wächst die Zahl der Erwerbspersonen in den drei Ländern wesentlich schneller als im EG-Durchschnitt, stark ausgeprägt vor allem in Irland, während die Beschäftigung durchweg nur unterproportional zunimmt.

Abbildung 1: Arbeitslosenquoten in der EG in % der Erwerbspersonen



4. Methodische Anmerkungen

Die Ergebnisse des Prognos-Untersuchungsberichtes zur Entwicklung der Arbeitsmärkte im Europäischen Binnenmarkt bis zum Jahr 2000 basieren auf einem spezifischen methodischen Verfahren, welches im Kapitel 3.2 beschrieben worden ist und im Anhang nochmals ausführlich dargestellt ist: Auf die prognostizierte (hypothetische) Entwicklung ohne Binnenmarkt wird der Wachstumszuwachs, wie er sich aus der Verwirklichung des Binnenmarktprogramms ergibt (Binnenmarkteffekt), aufgesetzt und so die Gesamtentwicklung ermittelt. Der Binnenmarkteffekt wird dann anhand von Standort- und Wettbewerbsfaktoren nach Ländern und Branchen aufgeteilt.

Zu dem methodischen Vorgehen und dessen Implikationen sollen einige Bemerkungen gemacht werden.

(1) Die Höhe des EG-weiten Binnenmarkteffekts (z. B. in Form von Bruttowertschöpfung) wurde vorgegeben. Er basiert zum großen Teil auf den Ergebnissen der von der EG-Kommission im Rahmen des „Cost-of-Non-Europe“-Projekts erstellten Studien. Dabei wird von der Variante „ohne begleitende wirtschaftspolitische Maßnahmen“ ausgegangen; ansonsten wäre der Effekt noch höher. Der

Abbau von Handelsbeschränkungen in Europa wird sich auf die Bruttowertschöpfung und das Wirtschaftswachstum in der EG positiv auswirken. Während die positive Richtung des EG-weiten Binnenmarkteffektes unbestritten ist, bestehen im Hinblick auf seine absolute Höhe Unsicherheiten. Die Öffnung der Wirtschaft in Osteuropa, eventuelle Erweiterungen der EG (z. B. EFTA-Länder), der letztendliche Grad der Verwirklichung des Binnenmarktes sowie die tatsächliche Ausnutzung der Vorteile des größeren Marktes durch Unternehmen innerhalb und außerhalb der EG beeinflussen die absolute Höhe des EG-weiten Binnenmarkteffektes. Noch schwieriger ist die Ermittlung des aus dem Binnenmarkteffekt abgeleiteten Beschäftigungseffektes. Ein höheres Wirtschaftswachstum durch den Binnenmarkt braucht theoretisch nicht zwangsläufig – wie in der Studie angenommen – zu mehr Beschäftigung in der EG führen. Positive Beschäftigungseffekte könnten ganz oder teilweise ausbleiben, wenn das höhere Wachstum mit einer entsprechenden Produktivitätssteigerung (wegen des verstärkten Wettbewerbs durch den Binnenmarkt) und gleichzeitig höheren Löhnen einhergehen würde. Dafür gibt es aber z. Zt. kaum Anhaltspunkte. Die Beschäftigung nimmt in allen EG-Ländern kräftig zu.

(2) Eine zentrale Bedeutung für die Verteilung des EG-weiten Binnenmarkteffektes auf Länder und Branchen haben Gewichtungsfaktoren, die die relative Bedeutung von Standort- bzw. Ländermerkmalen für jede Branche widerspiegeln (vgl. Tabelle 7). Zur Ableitung der Gewichtsstrukturen wurden im Untersuchungsbericht Unternehmensbefragungen und subjektive Bewertungen zu Hilfe genommen. Grundsätzlich könnte die relative Bedeutung der einzelnen Standort- und Ländermerkmale auch anders gewichtet werden. Je nach gewählter Gewichtsstruktur und vorzufindenden Standortvorteilen bzw. -nachteilen bestimmter Länder und Branchen würde sich eine andere Verteilung des EG-weiten Binnenmarkteffektes ergeben. Da sich die Gewichte allerdings zu 1 addieren müssen, erfordert der relative Bedeutungszuwachs eines Standortfaktors gleichzeitig eine relative Bedeutungsabnahme eines oder mehrerer anderer Standortfaktoren. Aus diesem Grund sind Variationen der Gewichtsstruktur nur in begrenztem Maße möglich und sinnvoll, zumal wenn Unternehmensbefragungen bestimmte Gewichtsstrukturen ergeben haben.

(3) Die Untersuchung weist aufgrund des methodischen Vorgehens *ausschließlich* positive Binnenmarkteffekte aus. Bruttowertschöpfung und Beschäftigung nehmen in allen Ländern und Branchen absolut zu (vgl. Tabellen 10 und 11). Relative Abnahmen sind je nach Branche und Land möglich, nicht aber absolute Rückgänge. Inhaltlich begründbar ist dies damit, daß die bisherige wirtschaftliche Integration im EG-Raum durch eine zunehmende intraindustrielle Verflechtung gekennzeichnet war, also durch gegenseitige Warenflüsse von Unternehmen innerhalb einer relativ engen Industrie- oder Projektgruppe. Verlagerungen ganzer Wirtschaftszweige sind im Zuge des wachsenden internationalen Wettbewerbs dagegen weitgehend ausgeblieben. Trotz dieser in der Tendenz zu beobachtenden Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung können Schrumpfungsprozesse einzelner Sektoren mit einhergehenden Beschäftigungsverlusten nicht ausgeschlossen werden. Spezifische Standortnachteile können (Teil-)Verlagerungen von Produktionen nach sich ziehen. Aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland können sich die hohen Arbeits- und Sozialkosten für bestimmte (besonders arbeitsintensive) Branchen nachteilig auswirken. In der

Vergangenheit sorgte Billiglohnkonkurrenz für Beschäftigungsverluste in der Textil- und Bekleidungsindustrie sowie in der optischen Industrie. In der Zukunft ist dies durch den Wegfall von Handelsbeschränkungen und der Liberalisierung des öffentlichen Auftragswesens nach einem Zwischenbericht der interdirektionalen Arbeitsgruppe der EG-Kommission in arbeitsintensiven, verhältnismäßig alltäglichen Bereichen denkbar, z.B. dem See- und Straßenverkehr sowie dem Baugewerbe (durch die Liberalisierung des öffentlichen Auftragswesens).

(4) Der binnenmarktbedingte Rückgang der Arbeitslosenzahlen bis zum Jahre 2000 um ca. 2,2 Millionen auf EG-weit 11,5 Millionen beschreibt den maximalen Entlastungseffekt auf dem Arbeitsmarkt der Gemeinschaft (vgl. Tabelle 14). Dieser maximale Entlastungseffekt wird nur dann eintreten, wenn die Stille-Reserve-Potentiale unverändert bleiben, d. h. zusätzliche Beschäftigung zu entsprechend weniger Arbeitslosigkeit führt. Aus der Vergangenheit ist aber bekannt, daß Beschäftigungswachstum nur teilweise zu einer Entlastung der Arbeitslosigkeit führt. Die Zahl der Arbeitsuchenden erhöht sich auch durch solche Personen, die vormals der Stillen Reserve zuzurechnen waren (z.B. Berufsrückkehrerinnen). Insbesondere die wachsende Erwerbsneigung der Frauen verringert den Entlastungseffekt des Binnenmarktes auf dem Arbeitsmarkt der Gemeinschaft. So ist z.B. davon auszugehen, daß der vorausgeschätzte enorme Rückgang der Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000 in Großbritannien überzeichnet ist, da die besonders positive Beschäftigungsentwicklung nicht allein aus der Arbeitslosigkeit gespeist werden wird, sondern auch aus oben beschriebenen Veränderungen des Erwerbsverhaltens.

Trotz der Relativierung der Untersuchungsergebnisse durch die vorangegangenen Überlegungen, behalten diese von den Tendenzen her ihre Aussagekraft. Die sich ergebenden Tendenzen stellen eine Herausforderung für die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der EG und der Mitgliedsländer dar. Fragen der Regionalpolitik, der Überwindung des Fachkräftemangels und der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit werden in den neunziger Jahren in der Gemeinschaft zunehmende Bedeutung gewinnen. Dies wird anhand der Interpretation der Hauptergebnisse der Studie im folgenden Abschnitt gezeigt.

5. Hauptergebnisse und Folgerungen

(1) Generell wird ab 1988 bis 2000 mit einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums gerechnet. Dabei ergibt sich ein EG-Binnenmarkteffekt von 4,2% der Bruttowertschöpfung für den Zeitraum von 1988-2000 (Tabelle 1). Dies würde eine zusätzliche Erhöhung der durchschnittlichen Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts der Gemeinschaft um jährlich immerhin 0,3-0,4% bedeuten. Die Aufteilung dieses Binnenmarkteffektes nach Ländern und Branchen zeigt, daß davon die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Luxemburg, Irland und Großbritannien überproportional profitieren.

Die Betrachtung der länderspezifischen Anteile zeigt, daß die Verwirklichung des Binnenmarktes allein nicht zu einer entscheidenden Verringerung des wirtschaftlichen Gefälles zwischen den weniger entwickelten und den hochindustrialisierten Ländern der EG führen wird, aber insgesamt das Niveau erhöhen wird.

(2) Im Zuge der Vollendung des europäischen Binnenmarktes könnten die regionalen Unterschiede weiterhin

Bestand haben oder sich gar verstärken. Das regionale Gefälle könnte zwischen Nationen (siehe die relativ ungünstigen Prognosen für Griechenland im Untersuchungsbericht hinsichtlich ihres Anteils an der zusätzlichen – binnenmarktbedingten – Bruttowertschöpfung) und innerhalb von Nationen (siehe das Nord-Süd-Gefälle in vielen Ländern der Gemeinschaft) zunehmen. Regionen mit ohnehin schon besseren Startbedingungen könnten ihre stärkere Position dazu nutzen, sich noch besser in den – durch den Binnenmarkt intensivierten – innergemeinschaftlichen und internationalen Wettbewerb einzufügen und so ihren Wohlstand zu vergrößern. Will man Aufholprozesse ärmerer Länder und Regionen beschleunigen, sind in erster Linie deren eigene Entwicklungspotentiale (Standortbedingungen) zu stärken, z.B. durch Qualifizierung der Arbeitskräfte oder die Verbesserung der Infrastruktur. Aus diesem Grund werden die EG-Strukturfonds als Begleitmaßnahme zur Vollendung des Binnenmarktes bis 1993 erheblich ausgeweitet. Darüber hinaus werden auch die EG-Mitgliedsländer selbst Anstrengungen unternehmen müssen, um ihre jeweils strukturschwachen Regionen zu fördern.

(3) Der aus der Binnenmarktwirkung resultierende Beschäftigungseffekt beläuft sich für den Zeitraum 1988-2000 auf rund 2,2 Millionen Erwerbstätige (Dabei wird von der Variante des Cecchini-Berichtes „ohne begleitende wirtschaftspolitische Maßnahmen“ ausgegangen; sonst wären die Effekte noch höher). Bezogen auf den Basiswert von 137 Mill. Beschäftigten im Szenario ohne EG-Binnenmarkt für das Jahr 2000 entspricht dies einem Anstieg von 1,6%. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an diesem Beschäftigungseffekt liegt bei etwa 20% und ist damit wesentlich niedriger als sein Anteil an der (zusätzlichen) Bruttowertschöpfung. Dies erklärt sich aus den deutlich überproportionalen Produktivitätseffekten in der Industrie. Bei der Verteilung des beschäftigungswirksamen Anteils der Binnenmarkteffekte (in% der Beschäftigten für das Jahr 2000) liegt die Bundesrepublik Deutschland wieder mit Großbritannien, Luxemburg und Belgien in der Spitzengruppe mit ihrem über dem EG-Durchschnitt liegenden Anteil von 1,8%. Dies entspricht bis zum Jahr 2000 fast 500 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik Deutschland.

(4) In den meisten EG-Ländern steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften schneller als das Angebot an Arbeitskräften. Zwei Faktoren sind für diese Verbesserung der Arbeitsmarktverhältnisse verantwortlich: Zum einen die Tatsache, daß die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bzw. die Zahl der Erwerbspersonen nur noch gering zunimmt, zum anderen die beachtliche Zunahme der Beschäftigung in der EG insgesamt, welche den Anstieg der Erwerbspersonen deutlich überkompensiert: Während die Zahl der Erwerbspersonen nur um 7 Mio. zunimmt, steigt die Zahl der Beschäftigten um 10 Mio.

Die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation schlägt sich auch in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit nieder. Die Arbeitslosenquote für die EG insgesamt geht bis zum Jahr 2000 im Vergleich zum gegenwärtigen Stand von 9% um rund 3% zurück. Damit verringert sich die Arbeitslosigkeit zwar erheblich, wird aber keineswegs beseitigt. Außerdem verteilt sich der Rückgang nicht gleichmäßig auf die EG-Länder. In der Mehrzahl der Länder sinkt zwar die Zahl der Arbeitslosen. Immerhin steigt sie aber noch in drei EG-Ländern, nämlich Frankreich, Irland und den Niederlanden. Für die Niederlande und Frankreich fällt dieser Zuwachs relativ gering aus, in Irland nimmt die Zahl

dagegen beträchtlich zu. Gemeinsam ist diesen drei Ländern eine insgesamt ungünstige Arbeitsmarktconstellation sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite.

(5) Arbeitslosigkeit wird also auch noch in den neunziger Jahren ein nicht zu vernachlässigendes Phänomen bleiben. Während sich die Jugendarbeitslosigkeit durch die demographische Entwicklung und durch die bessere Qualifikation der Jugendlichen weitgehend entschärfen dürfte, ist mit einem weiter andauernden Problem der strukturellen Langzeitarbeitslosigkeit zu rechnen. Da die Unternehmen eine tendenziell größere Bereitschaft haben, ihren Mitarbeiterstab aus jüngeren Arbeitskräften zu rekrutieren, verringert dieses Verhalten die Re-Integrationschancen von Langzeitarbeitslosen in das Beschäftigungssystem. Diese bestehen zum großen Teil aus schlecht Qualifizierten, aus Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen und aus älteren Arbeitnehmern, die nur schwer wieder qualifizierbar sind.

Ein Auseinanderklaffen von Qualifikationsanforderungen der Wirtschaft auf der einen Seite und der Qualifikationsvoraussetzungen der Arbeitslosen auf der anderen Seite macht konkrete Maßnahmen der Beschäftigungsförderung erforderlich. Instrumente der Arbeitsmarktpolitik, wie z.B. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Umschulung, Lohnkostenzuschüsse, Eingliederungsbeihilfen, werden weiterhin gefragt sein. Lohnend dürften solche – vorzugsweise auf lokaler Ebene anzusetzenden – arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen vor allem deshalb sein, weil deren Erfolgsaussichten aufgrund der zu erwartenden allgemein verbesserten Beschäftigungslage als günstig einzustufen sind. Dabei wird es darum gehen müssen, daß der vor allem unter technologischen Einflüssen sich schnell ändernden Nachfrage nach durchschnittlich besser ausgebildeten Arbeitskräften entsprochen werden kann, während gleichzeitig der Arbeitslosigkeit, die zum Teil durch diese schnellen Veränderungen verursacht wird, entgegengewirkt werden kann.

(6) Eine besondere Problemgruppe auf dem Arbeitsmarkt werden in Zukunft verstärkt die älteren Arbeitnehmer sein. Für sie kumulieren sich zwei Effekte: Ihre absolute Zahl, oft auch ihr Anteil an den Erwerbspersonen, wächst weiter. Weiterhin werden gerade sie im Zuge von Umstrukturierungen verstärkt freigesetzt und haben dann Probleme bei der Wiedereingliederung. Kündigungsschutzbestimmungen haben zwar eine gewisse Schutzwirkung, aber oft auch nur einen Verzögerungseffekt.

(7) Die Bedeutung der Qualifikation der Arbeitnehmer wird weiter steigen: Automatisierung und Spezialisierung werden weiterhin zunehmen (besonders in den Hochlohnländern) und Neuinvestoren, die in anderen Ländern investieren, sind auf qualifiziertes Personal angewiesen. Dies alles führt in den EG-Ländern zu einem steigenden Bedarf an Spezialisten und Managementtätigkeiten. In einigen Ländern der Gemeinschaft ist bereits heute in bestimmten Regionen und Sektoren ein Mangel an Fachkräften zu verzeichnen. Steigende Qualifikationsanforderungen im zunehmenden europäischen Wettbewerb, ein alterndes Erwerbspersonenpotential und geburtenschwache junge Jahrgänge könnten den EG-weiten Wettbewerb um knappe Fachkräfte in den neunziger Jahren verstärken. Neben der Erstausbildung von Arbeitskräften (die vor allem in südlichen Ländern Europas verbesserungswürdig ist) wird in zunehmendem Maße Weiterbildung erforderlich werden. An dieser Stelle werden Arbeitsverwaltungen durch gezielte arbeitsmarktpolitische Instrumente wie auch Tarifparteien gefordert sein.

Methodischer Anhang

Grundidee des Vorgehens des Prognos-Untersuchungsberichtes ist es, auf der Basis verschiedener Matrizen und Vektoren und einer geeigneten Verknüpfung dieser Matrizen/Vektoren zu einer Verdichtung der vielfältigen Informationen zu kommen, so daß sich daraus die Verteilungswirkungen ermitteln lassen. Dabei enthalten die Matrizen sowohl meßbare Größen als auch qualitative Informationen und individuelle Bewertungen.

(1) Die einzelnen Arbeitsschritte des Vorgehens lassen sich formal anhand verschiedener Matrizen und Vektoren wie folgt darstellen:

1. Matrix A: Länder/Ländermerkmale

$$A = (a_{i,j}) \quad \begin{array}{l} i = \text{EG-Länder von } 1 \dots 12 \\ j = \text{Ländermerkmale von } 1 \dots k \end{array}$$

2. Matrix B: Branchen/Branchenmerkmale

$$B = (b_{n,m}) \quad \begin{array}{l} n = \text{Zahl der ausgewählten Branchen} \\ m = \text{Zahl der Branchenmerkmale} \end{array}$$

3. Matrix C: Branchen/Ländermerkmale

$$C = (c_{n,j})$$

4. Matrix D: Länder/Branchen

$$D = A \cdot C' = (d_{i,n})$$

5. Matrix E: Länder/Branchen

$$E = (e_{i,n})$$

wobei die Elemente e_i innerhalb eines bestimmten Branchenvektors nun die Verteilung der EG-Effekte über die verschiedenen EG-Länder darstellen; sie ergeben sich für jede Branche aus

$$\sum_{i=1}^{12} g_i \cdot d_i$$

g_i = Anteil der einzelnen Länder an der Wertschöpfung der jeweiligen Branche

d_i = Elemente der Matrix D innerhalb des jeweiligen Branchenvektors.

BWS = EG-weiter Binnenmarkteffekt der betrachteten Branche (ausgedrückt als Bruttowertschöpfung).

(2) Ausgangspunkt ist die *Matrix A*. Sie stellt für alle 12 EG-Länder länderspezifische Merkmale gegenüber. Diese Merkmale sind standortdifferenzierende Erklärungsgrößen, die bei einer Standortentscheidung ins Kalkül mit aufgenommen werden können und branchenübergreifend von Bedeutung sind. Dazu gehören die folgenden Einflußbereiche:

Übersicht: Ländermerkmale

I. Arbeitsmarkt

lfd. Nr.

1. Angebot und Struktur der Arbeitskräfte

1 1 Menge u. Altersstruktur

*) Mit dem Merkmalsbereich „Wirtschaftliche Infrastruktur“ sind Kriterien angesprochen, die sich nicht auf einige wenige Indikatoren reduzieren lassen, sondern den komplexen Tatbestand einer im Laufe der Jahre allmählich gewachsenen Wirtschaftsstruktur repräsentieren sollen, die sich aus vielfältigen offiziellen und informellen Beziehungen und Verbindungen zusammensetzt. Oftmals wird auch von den „Fühlungsvorteilen“ gesprochen. Aus Standortuntersuchungen ist bekannt, daß diese Standortkriterien zunehmend wichtiger werden.

- 2 2 Qualifikation
 - 3 3 Flexibilität
 - 4 4 Technisches Wissen (Skills)
 - 5 5 Leistungsfähigkeit des Bildungssystems
 - 6 6 Leistungsbereitschaft (Identifikation)
2. Arbeitszeit, Arbeitsproduktivität
- 7 1 Arbeitszeit
 - 8 2 Arbeitsproduktivität
3. Kosten
- 9 1 Lohnniveau
 - 10 2 Kapitalkosten
 - 11 3 Umweltschutzkosten

II. Technisch-wirtschaftliche Bedingungen der Produktion

1. Infrastrukturausstattung (Menge, Qualität)
- 12 1 Verkehr
 - 13 2 Telekom
 - 14 3 Forschung und Entwicklung
 - 15 4 Energie
2. Kosten der Infrastruktur
- 16 1 Telekom
 - 17 2 Energie
 - 18 3 Verkehr
3. Wirtschaftliche „Infrastruktur“*)
- 19 1 Differenzierung der Wirtschaftsstruktur
Industrialisierungsgrad (industrielle Verflechtung)
Fühlungsvorteile (Integrationsgrad)
 - 20 2 Dienstleistungsangebot (Banken, Handel)
 - 21 3 Kapitalmarkt (z. B. staatl. Einfluß)
 - 22 4 Handel, Spedition, Werbung

III. Politisch-organisatorische Bedingungen

1. Politisches und soziales Klima
- 23 1 Verwaltung (Aufgeschlossenheit, Leistungsfähigkeit)
 - 24 2 Beziehung zwischen den Tarifpartnern (Streikhäufigkeit, Streikkultur)
 - 25 3 Rechtssicherheit
 - 26 4 Politische Stabilität und sozialpolitisches Klima
2. Wirtschaftlicher Ordnungsrahmen
- 27 1 Internationalisierung der Volkswirtschaft, Exportdiversifikation
 - 28 2 Steuern und Subventionen, Abschreibungsmodalitäten
 - 29 3 Rechtlicher Rahmen (Gesellschaftsrecht, Unternehmensrecht)
 - 30 4 Beziehung Wirtschaft–Staat (Regulierungsdichte, Verstaatlichung, Eingriffsmentalität), Protektionismus
3. Dynamik, Marktpotential
- 31 1 Marktpotential (Bevölkerung, Kaufkraft)
 - 32 2 Allgemeine Wirtschaftsdynamik des Landes

IV. Zusätzliche branchendifferenzierende Ländermerkmale

- 33 1 Bisheriger Grad der Marktabschottung
- 34 2 Forschungs- und Entwicklungsquoten
- 35 3 Niveau der Arbeitsproduktivität
- 36 4 Bedeutung der Größenstruktur (wegen Economies of Scale)

Insgesamt umfaßt der Katalog 32 branchenübergreifende Standort- bzw. Ländermerkmale, die der weiteren Analyse zugrunde gelegt werden.

Die Ausprägungen der einzelnen Ländermerkmale werden zweckmäßigerweise in Indizes überführt, wobei der jeweilige Länderindex die Abweichung vom EG-Durchschnitt (= 100) darstellt. Die Bewertung erfolgt so, daß die standortgünstigen bzw. -ungünstigen Ausprägungen immer über bzw. unter 100 liegen.

(3) Die in der Matrix A aufgeführten Standortkriterien (bzw. ihre Ausprägung als Länderindizes) sind für die einzelnen Branchen von unterschiedlicher Bedeutung und können deshalb nicht nach einem einfachen, allgemeingültigen Raster beurteilt werden. So werden die Hersteller von einfachen Massenprodukten ihre Standortentscheidungen nach anderen Kriterien treffen als Unternehmen, die im High-Tech-Bereich tätig sind. Im einen Fall spielen niedrige Produktionskosten die dominierende Rolle, im anderen mag die Verfügbarkeit hochqualifizierter Arbeitskräfte den Ausschlag geben. Was für das eine Unternehmen ein guter Standort ist, kann für das andere ein schlechter sein. Stärken und Schwächen eines Standorts können daher nur vor dem Hintergrund eines bestimmten Branchenbildes definiert werden.

Die Matrix B beinhaltet solche Branchenbilder. In ihr werden den einzelnen Branchen branchenspezifische Charakteristika zugeordnet, welche die Branchen im Vergleich zueinander beschreiben. Diese Branchenmerkmale decken insbesondere absatz- und wettbewerbsorientierte Aspekte (wie z. B. Dynamik der Nachfrage, Preisstreuung zwischen den EG-Ländern, Penetrationsrate) und allgemeine technische Produktionsbedingungen (wie z.B. Lohnkostenintensität, Qualifikationsintensität, Energieintensität u. a. m.) ab. In der folgenden Übersicht sind die einzelnen Branchenmerkmale im Überblick dargestellt.

Übersicht: Branchenmerkmale (Produktions- und Nachfragebedingungen)

I. Produktionsbedingungen

- 1 Lohnkostenintensität
- 2 Qualifikationsintensität (Humankapitalintensität)
- 3 F + E-Intensität
- 4 Kapitalintensität
- 5 Energieintensität
- 6 Bedeutung der Umweltschutzkosten

II. Markt- und Nachfragebedingungen

- 1 Dynamik der Nachfrage
- 2 Preissensitivität (Preiselastizität der Nachfrage)
- 3 Technologiegehalt der Produkte
- 4 Preisdifferenzierung (zwischen den EG-Ländern)
- 5 Penetrationsquote
- 6 Bisherige Marktabstottung
- 7 Distanzempfindlichkeit (Transportkosten)

Zwischen den Branchencharakteristika (Matrix B) und den Standortkriterien der Matrix A bestehen verschiedene Zusammenhänge, so daß die in der Matrix B gesammelten Informationen als Branchenraster dienen, um die Bedeutung der in Matrix A dargestellten Standort- bzw. Ländermerkmale für jede Branche herauszuarbeiten. Dieser Bewertungsprozeß findet seinen Niederschlag in der Matrix C, die aus branchenspezifischen Gewichtungsvektoren besteht. Die Elemente dieser Vektoren enthalten die Bedeutungsstruktur (Gewichte) einzelner Ländermerkmale, die sich zu 1 addieren müssen. Jede Branche weist einen eigenen Gewichtungsvektor auf.

Für die Ableitung dieser branchenspezifischen Gewichtungsstrukturen aus den Branchenmerkmalen der Matrix B gibt es keinen eindeutigen Weg. An dieser Stelle kommen individuelle Bewertungen ins Spiel. Sie sind allerdings als solche sofort erkennbar. Hinweise auf die Gewichtungsstruktur können in gewissem Umfang Unternehmensbefragungen entnommen werden.

(4) Matrix D ist keine originäre Matrix, sondern eine Ergebnismatrix. Sie ergibt sich aus der Multiplikation der Matrix A mit der Matrix C und enthält als Ergebnis in jedem Matrixfeld den branchenbezogenen gewichteten Durchschnittswert für die Indizes der Ländermerkmale aus Matrix A. Insofern dokumentiert sie für jede Branche die auf alle relevanten Standortfaktoren bezogene relative Position eines EG-Landes im Vergleich zum EG-Durchschnitt (= 100). Die Matrix D ist daher mit ihren gewichteten Durchschnittsindizes die Basis für die länderspezifische Verteilung der jeweiligen EG-weiten Brancheneffekte.

(5) In einem weiteren Schritt geht es noch darum, die Ergebnisse der Matrix D in effektive Absolutwerte (Matrix E) zu überführen. Hierfür werden die prozentualen Anteile der 12 EG-Länder an der EG-weiten Bruttowertschöpfung der relevanten Branchen benötigt.

Dies erklärt sich daraus, daß die Position eines EG-Landes wie sie sich in der Matrix D für eine bestimmte Branche in einem über oder unter dem EG-Durchschnitt liegenden Länderindex niederschlägt, im Vergleich zu seinem *bisherigen Anteil* an der Gesamtproduktion innerhalb der EG bewertet werden muß; d. h. sie wird, anders ausgedrückt, daran beurteilt, ob das jeweilige Land an dem EG-weiten Binnenmarkteffekt im Vergleich zu seinem Anteil an der branchenspezifischen Bruttowertschöpfung der EG Über-

Um zu gewährleisten, daß sich die Länderanteile an den Binnenmarkteffekten zu dem EG-weiten Binnenmarkteffekt (BWS) aufaddieren, müssen die jeweiligen Länderindizes ($g_i \cdot d_i$) auf die gewichtete Index-Summe aller EG-Länder ($\sum g_i \cdot d_i$) normiert werden (vgl. den für die Matrix E oben dargestellten Rechenalgorithmus).